

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonette
 je Zeile oder deren Mann 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Verantwortlich: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 26. August 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Verantwortlich: Amt I. Nr. 6121.

Zur Agrarfrage in Irland.

In verhältnismäßig kurzer Zeit hat die unionistisch-konservative Regierung Englands in der bisher festesten Burg des irischen Unionismus, im lokalen Ulster, bei Nachwahlen böse Niederlagen erlitten. Ende Januar dieses Jahres schlug in East Down bei Belfast ein Kandidat des nordirischen Pächterbundes den offiziellen Kandidaten der konservativen Partei, und am 18. August ist in Süd Belfast der Kandidat dieser regierungstreuen Partei gegen einen Vertreter des protestantischen Bundes unterlegen. Wenn gleich in jedem Falle der gewählte Kandidat ebenfalls sich zum Unionismus bekennt, ist der Ausgang der betreffenden Wahlen doch gerade um so mehr bezeichnend für die sich im Regierungslager vollziehende Perseveranz. Die Regierung, der im Januar die unzufriedenen bäuerlichen Pächter eine Niederlage bereiteten, hat sich jetzt durch ihre Mogelei mit dem Alerus in der Unterrichtsfrage einen großen Teil der städtischen Bevölkerung Nord-Irlands entfremdet, die leidenschaftlich protestantisch bez. antiskottisch ist. Die Wahl in Süd-Belfast war ein vernehmlicher Protest gegen die zur Zeit von der Regierung betriebene Abänderung des Unterrichtsgesetzes, bei der die Verwirklichung einiger Reformen durch Festigung der zur Zeit von kirchlichen Verbindungen geleiteten Elementarschulen erkauft werden soll.

So wichtig diese Protestbewegung als Symptom der abnehmenden Popularität der Regierung ist, so bleibt für Irland doch die Agrarfrage das Hauptproblem. Sie scheint jetzt wieder einmal in ein neues Fahrwasser rücken zu wollen, daher mag eine Beleuchtung der derzeitigen Sachlage wohl am Platze sein.

Die bemerkenswerteste Erscheinung in der irischen Agrarbewegung ist die Agitation der Pächter Nord-Irlands für den Zwangs-Kauf der Landlords. An der Spitze dieser Bewegung steht der Abgeordnete für Süd-Tyrone, T. W. Russell, der von 1895-1900 dem Ministerium Salisbury als parlamentarischer Sekretär für das Sozialverwaltungs-Ministerium angehörte, dann aber sich von ihm löste und nun als „Wildes“ im Parlament und außerhalb des Parlamentes für den Verkauf der irischen Landlords agitiert. Im Grunde tritt er da in keiner neuen Rolle auf, denn Bauernagitor war er immer. Schon das irische Landankauf-Gesetz von 1896 war wesentlich sein Werk. Dies Gesetz ist zwar den bäuerlichen Pächtern etwas günstiger als die früheren Landankauf-Gesetze, beruht aber wie diese auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, das heißt, es tritt nur in Kraft, wo Landlord und Pächter zueinander gewillt sind, aus einer Pacht einen Kauf zu machen. Das kommt aber verhältnismäßig selten vor, weil nach dem Gesetz bei Anrufung der Behörden bei Festsetzung des Kaufpreises die von den Landhöfen normierten Pachtätze zu Grunde gelegt werden, diese aber in den Augen der Landlords heute viel zu niedrig sind und nach ihrer Ansicht über kurz oder lang werden erhöht werden müssen.

Die irischen Landhöfe sind auf Grund des Gladstoneschen Bodengesetzes von 1881 staatlich eingesetzte Kommissionen, die befugt und verpflichtet sind, zu untersuchen, ob Pachtätze, über die Beschwerden erhoben wird, den Grundätzen der Billigkeit entsprechen, und, wenn dies nicht der Fall, sie in billiger Höhe zu normieren haben. Die Dauer der so von Staats wegen normierten Pachtätze ist fünfzehn Jahre; ist dieser Termin abgelaufen, so findet auf Antrag ein neue Abschätzung und entsprechende Normierung statt. Von 1881 bis 1890 sind auf diese Weise in 328 720 Fällen, die ein Gebiet von 9 860 000 Acres (etwa 2 1/2 Millionen Hektar) Land betreffen, gerichtliche Pachten festgesetzt worden. Und zwar ist dabei der Gesamtbetrag dieser Pachten von 6 725 000 auf 5 326 000 Pfund Sterling, d. h. um 20,8 Prozent herabgesetzt worden. Dies war aber nur der Anfang. Seit 1896 sind eine große Anzahl der Pachtätze, die in der ersten Zeit nach Schaffung des Gesetzes von Landhöfen festgesetzt worden waren, einer zweiten Abschätzung unterzogen und da auf neue herabgesetzt worden, was sie im Durchschnitt auf mehr als 40 Prozent unter den ursprünglichen Satz gebracht hat.

Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß diese Ermäßigungen, die für die irischen Landlords Ausfälle an Einkommen bedeuten, welche ihnen die Lage der notleidenden preussischen Grundbesitzer als ideal erscheinen lassen, proportional nicht größer sind, als sie anderwärts im britischen Reich auch bei freiem Verkehr in Pachten stattgefunden haben. Dies wird aber von Sachkundigen lebhaft bestritten und stimmt auch nicht mit den Ergebnissen überein, zu denen eine königliche Untersuchungskommission gelangte, die in den Jahren 1896/1899 unter dem Vorsitz eines höheren Richters, Sir Edward Fry, über die Praxis der Landhöfe zu befinden hatte. Auch darf man nicht vergessen, daß der Preisfall der agrarischen Produkte Irland weniger schwer getroffen hat als England, da hier der Bau von Weizen — dem er am fühlbarsten geworden — schon seit der Aufhebung der Kornzölle so gut wie verschwunden war. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß im großen und ganzen die Landhöfe den Bauern günstigere Bedingungen gebracht haben, wie die freie Konkurrenz. Womit jedoch durchaus nicht gesagt ist, daß die von den Höfen normierten Ermäßigungen übertrieben, die neuen Pachtätze, wie die Landlords behaupten, „unbillig

niedrig“ seien. Ganz im Gegenteil. Die Sache ist vielmehr die, daß die Pachtätze in Irland von jeher ganz unbillig hoch gewesen sind und, bei der großen Zahl von Bauern aller Art und der damit verbundenen starken Nachfrage nach Land, durch die freie Konkurrenz allein überhaupt nicht auf einen billigen Satz zu bringen waren.

Wenn aber das 1881er Gesetz und die auf Grund seiner geschaffenen Landhöfe so die Renten auf einen Satz gedrückt haben, der erheblich unter dem Marktwert liegt, und wenn sie außerdem dem Pächter eine Art Besitzrecht auf das Pachtgut zugesprochen haben, kraft dessen das Pachtverhältnis zu einem Anteil am Eigentum wird, so haben sie zwar die Landlords rebellisch, die Pächter aber nicht zufrieden gemacht. Und das ist begreiflich genug. Die Landhöfe folgen bei der Festsetzung billiger Pachtätze als gute Ricardionare dem Prinzip, daß Rente der Ueberschuß des Verkaufspreises über den Produktionspreis sei. Hat daher ein Pächter durch gutes Wirtschaften es dahin gebracht, den Produktionspreis der Erzeugnisse seines Pachtguts zu ermäßigen, so kann er sicher sein, bei der nächsten Pachtfixierung schlechter zu fahren wie diejenigen Pächter, die sich dem Schlandrian ergeben. Je weniger der Pächter taugt, um so niedriger, je besser er wirtschaftet, um so höher der Pachtatz, das ist die allgemeine Klage. Auch die Landhöfe geben so den Bauern nicht die Sicherheit, die sie zu haben wünschen und auf die sie Anspruch zu besitzen glauben. Denn beim irischen Bauer ist die Vorstellung noch sehr stark, daß der Grund und Boden ehedem Stammeseigentum war und den Stammhäuptern seiner Zeit zu Unrecht als Privateigentum zugesprochen wurde. Das Gesetz hat ihn, wie ein Kritiker desselben sich ausdrückte, zum Landlord ins Bett gelegt, und nun stört ihn der Bettgenosse und er will ihn herausheben.

Daher die Popularität der Agitation für den Zwangs-Kauf. Sie wird erhöht durch die Vorteile, welche die gegenwärtige Ankaufsgesetzgebung den Bauern darbietet. Das Gesetz von 1896 bedeutete für sie in dieser Hinsicht einen erheblichen Fortschritt. Während der Preis für den Boden im Durchschnitt selten über das zwanzigfache des jährlichen Pachtzinses hinausgeht, sind die Abzahlungsfristen für den vom Staat geleisteten Kaufvorschuss von 49 auf 70 Jahre und darüber verlängert worden, so daß die Raten für Abzahlung und Tilgung zusammen gewöhnlich niedriger sind als die alten Pachtätze. Ein drastisches Beispiel dafür bietet ein zu einer gewissen Berühmtheit gelangter Aukauf. Er war betwirkt worden vom Gillsamt für die bevölkerten Bezirke West-Irlands. Dieses Amt, dem für den Aukauf von Gütern und ihre Wieder-Veräußerung in leistungsfähigere Kleindauern-Stellen an die bisherigen Pächter die gleichen Bestimmungen vorgeschrieben sind wie den Landhöfen für die Kaufvermittlung, hatte ein großes Grundstück, das dem Lord Dillon (nicht mit dem Abgeordneten Dillon zu verwechseln) gehörte, preiswürdig angekauft und so ausparzelliert, daß die früheren Pächter für jede 20 Sh., die sie bisher als Pachtgeld hatten bezahlen müssen, nur noch 13 Sh. und 4 Pence als Kaufgeld zu zahlen haben. Man kann sich leicht denken, wie das auf die Bauern in der ganzen Gegend zurückwirkte. Die Pächter des Lord de Freyne, dessen Grundbesitz an dem bisher Dillonschen angrenzt, boten alles auf, den Genannten zum Verkauf seines Gutes zu drängen, und verweigerten schließlich die Zahlung der Pachtzahlungen, wofür sie jetzt unter großem Sturm der übrigen Bevölkerung mit Gewalt ausgetrieben werden. Die Friedensmaßregel hier trieb dort zum bittersten agrarischen Kampfe. Und solche Beispiele findet man durch ganz Irland zerstreut. Im ganzen sind bisher auf Grund der verschiedenen Landankauf-Gesetze gegen 50 000 Bauern aus Pächtern in werdende Eigentümer verwandelt worden, eine ganz ansehnliche Zahl, der aber noch siebenmal soviel Pachtbauern gegenüberstehen.

Was die Wirkung der Verwandlung von Pächtern in Besitzer in Bezug auf die Bodenbewirtschaftung anbetrifft, so lauten die meisten Stimmen darüber günstig. Indes werden auch verschiedene able Wirkungen berichtet. Eine solche ist es z. B., daß die Bauern, sobald sie nur in den Besitz ihrer Parzelle gelangen, auch sofort mit dem Abholzen beginnen. Die Entwaldung Irlands hat einen besorgniserregenden Umfang angenommen. Andre wirtschaftliche Nachteile werden sich vielleicht noch im Laufe der Zeit herausstellen — von der socialpolitischen Seite der Frage ganz abgesehen. Aber vorerst geht es den neuen Besitzern im ganzen gut, werden ihre Güter besser bewirtschaftet als zur Zeit der Erpachtung, und hat so die Agitation für die allgemeine Verwandlung der Pächter in bäuerliche Eigentümer, dieser seit Generationen in Irland als Ideal hochgehaltene Gedanke, durch das von der konservativen Regierung geschaffene und ins Werk gesetzte Landankauf-Gesetz von 1896 eine mächtige Förderung erhalten.

Den Bundesgenossen dieser Regierung, der irischen Landlordklasse, ist das höchst unangenehm. Für sie würde der Zwangs-Kauf, wie die Bauern ihn verstehen, d. h. auf Grundlage der von den Landhöfen normierten Renten, weitere schwere Verluste bedeuten. Wie oben bemerkt, wird der Kauf-

preis jetzt selten auf mehr als das Zwanzigfache des Pachtzinses bestimmt, meist aber noch darunter. Dabon gehen noch allerhand Kosten, Provisionen zc. für abzulösende Real-lasten ab, so daß für eine Pacht von sage 100 M. jährlich selten ein höherer Kaufpreis als 1600-1700 M. herauskommt. Legt der Empfänger ihn in ganz sicheren Papieren an, so macht er heute knapp 50 M. Zinsen, wo er früher nach Abzug aller Kosten vielleicht 90 M. einnahm. Für die Masse der mittleren Grundbesitzer, die das Gros der irischen Landlords bilden, bedeutet das den wirtschaftlichen Ruin.

Indes die Agitation ist einmal im Gange, und die irischen Nationalisten sind nicht die Leute, sie einschlafen zu lassen. Von den Ausreibungen auf den Gütern des Lord de Freyne wurde oben schon gesprochen. Ihr Ende läßt sich noch gar nicht absehen. Inzwischen haben aber die Landlords immer größere Angst bekommen, und so wird seit einiger Zeit von allerhand Mittelpersonen für Konferenzen zwischen Vertretern der Landlords und denen der Pächter agitiert, um irgend einen Kompromiß zu Stande zu bringen. Nach englischen Blättern hat diese Agitation hier und da Anklang gefunden, was nicht ganz unwahrscheinlich ist, da die Irländer niemals den Sperling ob der Taube auf dem Dach verschmäht haben, und es sich bei dem erstrebten Kompromiß offenbar darum handelt, den Staat, d. h. den britischen Steuerzahler, das Streitobjekt zahlen zu lassen, über das Landlord und Pächter sich jetzt in den Haaren liegen. Wie die Irländer zu seiner Zeit Anstand genommen haben, in Bezug auf das Unterrichtsweisen ihrem Alerus zu Liebe mit den reaktionären Hochorten gemeinsame Sache zu machen, so fragen sie auch in ökonomischen Dingen nicht nach allgemeinen Prinzipien, wo dem Reich gegenüber die Sonderinteressen Irlands in Frage kommen. Sie hoffen zudem, die Ausfichten ihres nationalen Kampfes zu erhöhen, je mehr Angehörige der jetzigen Landlordklasse sie auf ihre Seite ziehen. Schon jetzt machen in der Steuerfrage viele irische Landlords mit den Bauern gemeinsame Sache gegen den Staat. So steht die Regierung, deren Weisheit darin besteht, die Parteigruppen abwechselungsweise gegeneinander auszuspielen, vor einer Situation, wo sie immer mehr in die Lage gerät, abwechselnd von einer Gruppe nach der andern ausgepielt zu werden.

Ed. B.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 25. August.

Die diesjährige Centrumparade

In Mannheim ist am Sonntag durch einen großen Festzug eröffnet worden, an dem sich gegen 20 000 Personen beteiligten, darunter die Deputierten von 170 Vereinen. Darf auch in dem durch einen socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage vertretenen Mannheim ein solch impoanter Festzug zu Stande kommen würde, war nach der ungeheuren Agitation, die die Centrumpresse und die Centrumsorganisationen seit mehreren Wochen entfaltet hatten, keinen Augenblick zweifelhaft. Wenn daher in der Versammlung des Katholikentages ein Redner erklärte, es sei eine Kühnheit gewesen, den Katholikentag in einer Stadt wie Mannheim abzuhalten, und seiner Genehmigung darüber Ausdruck gab, daß der Versuch trotzdem glücklich sei, so war das nur eine demagogische Phrase. Das Centrum verstreift sich so meisterhaft auf die politische Realitat, daß es in dem kleinsten Landstädtchen seine jährliche Parade abhalten könnte. Der herbeigeströmten Landbevölkerung mag ein solches Massenaufgebot ja auch imponieren, dem Gegner imponiert es weniger, weil er doch ohnehin gut genug, daß das Centrum nächst der Socialdemokratie noch immer die stärkste Partei Deutschlands ist.

Die Teilnehmer des Festzuges begaben sich nach der Festhalle und drei kleineren Lokalen, wo bekannte Centrumsgrößen Festansprachen hielten. In der Festhalle sprach der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete Dr. Schädlcr. Der Inhalt seiner grob-demagogischen Ausführungen war der folgende:

Ein solch gewaltiger Arbeiterfestzug ist wohl noch niemals dagewesen. Ich hätte aber gewünscht, daß die Herren Vebel und Vollmar den Festzug gesehen hätten, dann würden diese Leute einsehen, daß es eine unwahre Behauptung ist, daß alle Arbeiter der roten Fahne folgen. (Rufe: Niemals!) Wer diesen Festzug gesehen hat, der wird zu der Erkenntnis kommen, daß trotz aller Versöhnungslüste noch Tausend, ja Hunderttausende von Arbeitern der Fahne des Kreuzes folgen. Einzige und allein die Kirche kann dem Arbeiter helfen. Der Staat hat nur Kanonen und Steuerzettel. Was waren denn die Arbeiter, als die christliche Kirche noch nicht bestand? Ich brauche bloß das Wort Sklaverei anzusprechen. Die Kirche hat die Ketten der Sklaverei gebrochen und die Arbeiter zu freien, gleichberechtigten Menschen gemacht. Die Kirche hat die Arbeit geadelt. Gott selbst hat im Menschheitsgewand sich als Arbeiter gezeigt und dadurch den Arbeiter neben Päpste und Bischöfe, Kaiser und Könige gestellt. Aus diesem Grunde fordern wir die Rückberufung unserer Orden als Vorbilder der Arbeit. Die Kirche hat für die Arbeiter bedeutend mehr gethan als alle Arbeiteragitatoren zusammen. Sie hat die Kriegisse, die gegen sie gerichtet wurden, gewiß nicht verdient. Etwas hat allerdings die Kirche noch niemals gethan und wird es auch nicht thun: Sie hat die Arbeiter noch niemals ausgenutzt, noch niemals belogen oder betrogen. (Stürmischer Beifall.) Dieses traurige Geschäft will die Kirche andern überlassen. Die Kirche sagt den Arbeitern nicht, daß das

*) Bis zum 31. März 1900 waren 52 428 Kaufvorschüsse im Betrag von zusammen 872 Millionen Mark bewilligt worden, ein Durchschnitt von rund 7000 Mark.

Paradies auf Erden sei, daß das höchste Gut des Menschen Weisheit und Genuß sei. Die Kirche sagt auch den Arbeitern nicht, daß es nur dadurch besser werden kann, wenn alles auf den Kopf gestellt werde. Die Kirche will volle Gerechtigkeit. Der Arbeitgeber soll vor dem Arbeiter keinerlei Vorzug genießen. Die Kirche will, daß der Arbeiter einen auskömmlichen Lohn erhalte, der zur menschlichen Unterhaltung seiner Familie ausreicht. Für einen solchen auskömmlichen Lohn hat die Kirche gekämpft, noch lange ehe das eherne Lohngesetz erlassen war.

Wir haben dies öde Geschwätz, in dem jeder Satz eine grobe Unrichtigkeit ist, nur wiedergegeben, um das geistige Niveau des Katholikentages gleich von vornherein zu charakterisieren.

Als ob je ein Sozialdemokrat behauptet hätte, daß die Sozialdemokratie alle Arbeiter umschleife, als ob nicht gerade der Kampf gegen den verblöbenden Einfluß des Centrums auf noch breite Arbeiterkreise stets als eine der vornehmsten Aufgaben unserer Propagandistischen Arbeit bezeichnet worden wäre! — Eine böseartige rednerische Entgleisung ist aber geradezu die Wendung, daß nur die Kirche den Arbeitern helfen könne, da der Staat nur Kanonen und Steuerzettel habe. Als ob nicht gerade das Centrum als die regierende Partei doppelt verantwortlich wäre, daß der Staat nur für Kanonen Milliarden bewilligt, während er für sozialpolitische Aufgaben kein Geld übrig hat. Wem anders verdanken wir denn die fünf-Milliarden-Marinevorlage, als gerade dem Centrum? Und welche Wälschheit, die Arbeiter an die Kirche zu verweisen. Was hat denn die katholische Kirche in den Ländern, wo sie seit je ungemessenen Einfluß ausübt, für die darbedenden Volksmassen, das Proletariat, getan? Wann hat sie dem hungernden Volke in Italien und Spanien einen „auskömmlichen Lohn“, einen „menschwürdigen Unterhalt“ der Familie verschafft? Hat die katholische Kirche nicht stets erst dann eine heuchlerische Thätigkeit für die Arbeiterhaft entfaltet, wenn die Sozialdemokratie durch ihre Thätigkeit ihr die Arbeitermassen zu entfremden drohte? Wann sind zum Beispiel in Deutschland katholische Gewerkschaften gegründet worden? Der älteste katholische Gewerkschaftsverein, der Verein christlicher Bergarbeiter, wurde 1894 begründet; ältere Organisationsversuche liefen — vergleiche das Handwörterbuch der Staatswissenschaften — in der Hauptsache auf eine religiöse Vereinigung der sich mehr und mehr von der Kirche abwendenden Massen hinaus. Auch in dem katholischen Belgien suchte die Kirche erst dann Gewerkschaften zu schaffen, als die Sozialisten ihr darin längst vorausgegangen waren. Nicht anders war es in dem katholischen Spanien, und so überall. So sieht die Thätigkeit der Kirche für die Arbeiter aus!

Eine grobe Fälschung der geschichtlichen Thatsachen ist es auch, zu behaupten, die Kirche habe die Sklaverei abgeschafft. Nicht das Christentum bereitete der Sklaverei ein Ende, sondern der Mangel an Sklavenmaterial. Waren doch die christlich gewordenen germanischen Stämme so sehr von Aaren und Magyaren, Normannen und Sarazenen bedrängt, daß sie viel mehr Aussicht hatten, selbst als kriegerische Sklaven fortgeschleppt zu werden, als Sklaven zu machen. Daß die Kirche die Sklaverei nicht verdammt, beweist z. B. die Bulle Papst Nikolaus V. vom 8. Januar 1454, in der es ausdrücklich erlaubt wurde, „alle Sarazenen, Heiden und andre fremde Christen in ewige Sklaverei zu bringen“, und Clemens V. dehnte dies Recht sogar auf alle Länder aus!

Man sieht, wie wenig Dr. Schäbler die Wahrheit respektierte. Er erntete natürlich trotzdem stürmischen Beifall. Die Centrumsarbeiter sind noch kritischer. Allzu lange wird auch das freilich nicht mehr dauern. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß auch in diese Kreise jene sozialpolitische und historische Kenntnis eindringt, vor der die plumpen Demagogemägen der Centrumsführer nicht mehr standhalten.

Die Centrumsniederlage in Forchheim wird den Arrangements der Mannheimer Centrumsparade wenig gelegen kommen. Denn ist auch der Sieg des liberalen Kompromißmischmasches nichts weniger als glänzend, so ist die Niederlage des Centrums darum nicht weniger unabweislich und empfindlich. Die endgültige Feststellung des Wahlergebnisses ergab für Faber (natl.) 9400 und für Zöllner (L.) 8408 Stimmen. Der Nationalliberale hat also mit einer Mehrheit von 900 Stimmen gefiegt. Dabei war die Wahlbeteiligung erheblich stärker als bei der Hauptwahl, wo insgesamt nur 16 600 Stimmen abgegeben wurden, während diesmal 17 900 St., also 2300 Stimmen mehr, fielen, so daß das Centrum seine Niederlage nicht einmal mit der Lässigkeit seiner Wähler bemängeln kann. Es ist kein Zweifel, daß die Centrumsstimmen seit 1887, wo das Centrum in der Hauptwahl 8778 und in der Stichwahl 10 865 St. erhielt, ganz erheblich zurückgegangen sind. Die Liberalen freilich, die es 1887 auch bereits auf 10 020 Stimmen brachten, haben ebenfalls keinen Grund zum Renommieren. Ramentlich ist die Schmach nicht zu tilgen, daß der „liberale“ Kandidat auf agrarischen Kreisen ins Parlament hinkt.

Noch einen Löhnungsfall erzählt die „Vossische Zeitung“: In einer Stadt Ostpreußens wollte ein Oberbürgermeister 16 Jahre hindurch in tadelloser Amtsführung und mit großen, durch seine Weisheit und deren Verhängnis anerkanntem Erfolge. Vor etwa drei Jahren verlor er sich mit einer an einer dortigen städtischen Schule angestellten Lehrerin. Kaum war diese Verlobung erfolgt, so erklärte der Regierungspräsident Hegel, ein Schwager des Oberpräsidenten v. Bitter in Posen, dem Stadtverordneten-Vorsitzer, nach dieser Verlobung sei die Stellung des Oberbürgermeisters unhaltbar. Diese Äußerung kam auch der Frau des Oberbürgermeisters zu Ohren. Diese Dame, eine Witwe mit fünf Kindern, die nach dem Tode ihres ersten Gatten sich und ihre Familie ohne jedes Vermögen von ihrer Arbeit ernährte, hatte den Edelmann, um in die amtliche Laufbahn ihres Pränzipals keine Störung zu bringen, ihm nicht nur sein Wort zurückzugeben, sondern auch noch durch Dritte besondere Bemühungen angestellt, damit der Oberbürgermeister diesen Verzicht annehme. Dieser aber, ein Mann von unabhängiger Gesinnung und ein Ehrenmann, dachte nicht daran, den aus innerster Reue geschlossenen Bund zu lösen, und heiratete seine Braut. Als bald nach Vollziehung der Ehe wurde dem Oberbürgermeister vom Regierungspräsidenten Hegel eine Disziplinaruntersuchung angekündigt, falls er nicht in seine Pensionierung willige. Der Oberbürgermeister hatte aber schon mit Rücksicht darauf, daß in Folge der Äußerung des Regierungspräsidenten zu dem Stadtverordneten-Vorsitzer auch gewisse „Honoratiorenkreise“ von dem Standesbedenken des Herrn Hegel befallen wurden — man muß es erwägen, welches Aussehen es in einer Mittelstadt erregt, wenn ein Heiratelandidat von Stand und Würden statt einer der vielen heiratfähigen und heiratwilligen Honoratiorentöchter einer arme Witwe heiratet —, seine Pensionierung selbst beantragt und willigte, um sich aller Fesseln widriger Vorurteile zu entledigen, in seine Pensionierung.

Auch dieser Fall erfordert durchaus amtliche Aufklärung. Das Verfahren des Regierungspräsidenten Hegel in Gumbinnen, der noch jetzt in demselben Amte ist, wäre gänzlich ungeheuerlich. Unverständlich ist es auch in diesem Falle gleich wie in dem Falle Löhnung, daß ein Antrag auf Pensionierung bewilligt werden konnte wegen der unstandesgemäßen Verheiratung des Oberbürgermeisters, d. h. ohne gesetzlichen Grund. Die Steuerzahler dürften keinerlei Reue haben, hohe Pensionen auszubringen für Personen, die durchaus arbeitsfähig und arbeitsbereit sind, aber in der Wahl

ihrer Ehefrauen nicht den Anforderungen eines blöden Kasengeistes gehorchen.

Zur Fleischnot. In Posen ist die Fleischnot so groß, daß selbst der Oberbürgermeister Wittig eine Audienz beim Landwirtschaftsminister erbeten hat, um ihm die Lage vorzustellen. Der Landwirtschaftsminister Herr v. Podbielski zog zu der Besprechung, die am Montag stattfand, zu seiner Hilfe einige agrarische Viehvertreter mit. Das Ergebnis der Unterredung war, daß durch Vermittelung der Centrale für Viehverwertung größere Viehtransporte zu billigeren Preisen nach Posen geleitet werden sollten. Die Deckung der Grenze lehnte der Minister ab. Mit dieser, wie üblich auf angebliche veterinär-polizeiliche Gründe gestützten Ablehnung der Grenzöffnung hat der Minister auch die Möglichkeit einer Milderung der Fleischnot für die übrigen Landesteile abgelehnt.

Die Sozialdemokraten in Fürth werden in den nächsten Tagen im Gemeindefolkium und Magistrat den Antrag stellen, die städtischen Aufschläge auf Fleisch anzuhängen, und zwar in Gemeinschaft mit der Stadt Nürnberg, mit der sofort in Verhandlungen eingetreten werden soll, da beide Städte wirtschaftlich von einander abhängig sind.

Büßes Gewissen. Die „Kreuz-Ztg.“ renommiert, daß sie der sozialdemokratischen Wahlagitation unter der Parole „Gegen den Zölkner in jeder Gestalt, den industriellen, wie den agrarischen mit Gelassenheit“ entgegenstehe.

„Am Interesse des Gemeinwohles und der Staats-erhaltung freilich würden wir wünschen, unsere Wählerchaft von allen diesen verheerenden Parolen verschont und statt dessen eine nationale „Wahlplattform“ errichtet zu sehen.“

Die nationale „Wahlplattform“ errichten ja doch die „staats-erhaltenden Parteien“ in Gestalt ihrer Protokollparole. Diese „Wahlplattform“ hätten die sozialdemokratischen Parteien schon längst errichten können, wenn sie nur unsere Forderung der Auflösung des Reichstags zum Zweck der Volksabstimmung unterstützt hätten.

Katholische Töchterlektüre. Welch unglaublicher Blödsinn durch die katholische Presse verbreitet wird, beweisen anderhand literarische Kuriosa, die die „Kreuz-Ztg.“ aus dem Wust der nur in internen katholischen Kreisen verbreiteten Presse ausgräbt. Aus dieser Presse erfahren wir, daß der leibhaftige Gottliebdeus noch immer sein Antlitz treibt und namentlich fromm katholischen Gemüthern anderhand Schabernack spielt.

„Teuflicher Spul“, so heißt es da, spielt besonders in einer Monatschrift für Töchter katholischer Familien, die in München erscheint und sich „Der Marienbote“ nennt, eine große Rolle. Vor längerer Zeit wußte dies Blatt zu erzählen, daß der Teufel in einem Pensionat Wachskerzen vom Altar habe verschwinden lassen. Die Köpflisten mit Wasser gefüllt, Gegenstände im Zimmer umhergeworfen und mit nicht zu bestimmbaren Händen Ohrfeigen ausgeteilt habe. Nach viel Gebet und Segnungen sowie Entfernung einer Kandidatin, die aus einer Freimaurerfamilie stammte und selbst vielleicht nicht fest im Glauben stand, kam wieder Friede in die geängstigte Gemeinde.“

Wahrlich, nach dem Zeugnis derartiger Kaplänsblätter den begreiflichen Anlaß gefühlt, unsichtbar Ohrfeigen auszuteilen. Vielgeübt würde sich durch öftere Ausführung solcher Teufeleien unbestreitbare Verdienste erwerben.

Durch drei Offiziere verübte Mißhandlungen fanden vor dem Kriegsgericht in Chemnitz eine äußerst milde Beurteilung. Der 23jährige Offizier Ernst Günther vom 8. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 68 in Meisa hatte am 4. August er. das Turm zu beschaufeln. Hierbei verletzte er nach der Anklage einem Kanonier einen Trittschuh und einen Stoß mit der Faust ins Gesicht. Dann sagte er zu ihm: „Ich lasse dich stehen, bis Du freier bist.“ Der Angeklagte gab an, daß er sich auf die Vorgänge nicht mehr besinnen könne; er wisse nur, daß er den Mann in die vorchristliche Stellung gebracht habe. Auch habe er ihn nicht beleidigt wollen. Das Gericht erachtete zwar Mißhandlung und Beleidigung als erwiesen, sah die Fälle aber als „minder schwer“ an und erkannte auf vierzehn Tage Stubenarrest. Die obige Äußerung wurde nicht als Beleidigung, sondern als vorchristliche Behandlung angesehen. — Der Lieutenant Karl Müller ist wegen Mißhandlung Untergebener bereits zweimal vorbestraft. Am 7. August er. hat er wiederum einen Soldaten gefoltert. Er will über die Rücksichtslosigkeit des Mannes in solche Erregung geraten sein, daß er ihm eine Ohrfeige versetzt hat. Er entschuldigte sich mit seinen überreizten Nerven. Trotzdem der Fall wegen der Vorstrafen schwieriger lag, wurde er als minder schwer erachtet und mit drei Wochen Stubenarrest bestraft. — Die dritte Anklage betraf den Feuerwehrobermann Otto Kapp von der Kommandantur in Zeitbain. Dieser bedachte seinen Vorgesetzten mit schriftlichen Strafarbeiten und rief ihm einmal zu: „Halten Sie die Schnauze, sonst haue ich Ihnen ein paar runter.“ Einen Unteroffizier ließ er über eine Stunde „Hill stehen“, so daß dieser unwohl wurde und den Krampf in den Beinen bekam. Diese Art der Behandlung sah aber das Gericht nicht als Mißhandlung an. Die Anordnung der schriftlichen Strafarbeiten wurde als Mißbrauch der Dienstgewalt erachtet. Die Redensart gegen den Vorgesetzten erachtete dem Gericht nicht als Beleidigung, sondern als Mißbrauch der Dienstgewalt. Es sei nur eine Redensart, wie sie bei militärischen Vorgesetzten manchmal unter Laufen! Das Gericht erkannte auf drei Tage Stubenarrest.

Kriegsgerichtsurteile gegen „Gemeine“. Das Oberkriegsgericht der Division verurteilte den Matrosenartilleristen Hein wegen Verletzung eines Vorgesetzten zu einem Jahr Gefängnis. Hein war von einem Obermann dem Compagniechef gemeldet worden, weil er sich gegen einen Befehl des Obermanns renitent gezeigt hatte. Der Compagniechef drohte Hein mit sofortiger Abführung, falls er sein dienstwidriges Verhalten fortsetze. Ueber die Anzeige des Obermanns erbittert, soll Hein beim Weitermarsch die Drohung ausgesprochen haben: „Wenn ich eine Patrone hätte, würde ich den Hund tötschießen.“ Für diese allerdings despektierliche, aber doch nur wohlrenommierende Äußerung wurde der Matrose zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ein Urteil, das um so schwerer erscheint, wenn man es mit den Urteilen vergleicht, die gegen Vorgesetzte zuweilen wegen etlicher Hundert dienstwidriger thätlicher Mißhandlungen gefällt werden. Auch darf bei Beurteilung des Falles nicht vergessen werden, daß der Matrosenartillerist, bei denen infolge des engen Zusammenlebens mit ihren unteren Vorgesetzten an Vord ein Grad von Kameradschaftlicher Vertraulichkeit entsteht, der bei der Linie ganz unbekannt ist. Disciplinwidrigkeiten milder beurteilt werden müssen und auch beurteilt zu werden pflegen, als bei der Landarmee.

Ausland.

Die Regierung in Nöten.

London, 23. August. (Fig. Ber.)

Obwohl die parlamentarische Nachwahl in Sevenoaks mit einem Siege des Regierungskandidaten endete, so hat doch der erhebliche Rückgang der konservativen Stimmenzahl die allgemeine Ansicht befestigt, daß eine Auflösung des Parlaments nicht lange auf sich warten lassen werde. Die innerpolitische Lage, wie sie durch den Rücktritt Salisbury und die Erhebung Balfours zum Premierminister geschaffen wurde, hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Lage vom Jahre 1894, als Gladstone zurücktrat und Rosebery Platz machte. In beiden Fällen haben es die Nachfolger nicht ver-

mocht, das Prestige der Regierung aufrecht zu erhalten. Die die Nachwahlen: Nord-Leeds, Clitheroe, Belfast und Sevenoaks zeigend schon früher im „Vorwärts“ hervorgehoben wurde, eine Schwächung noch links. Jedoch darf man diese Schwächung nicht zu optimistisch beurteilen. Denn abgesehen von Clitheroe haben wir es nur mit einer der periodischen Beudelschwüngen zu thun, bei denen von einer tiefen, inneren Umwälzung keine Rede sein kann. Hinzu kommt, daß der Liberalismus jetzt immer mehr ins Jahrwasser Rosebergs gerät. Die liberale Partei gewann an Vertrauen, seitdem durch den Mund Rosebergs erklärt wurde: „Das Empire ist heilig.“

Wenn die Auflösung des Parlaments erfolgen dürfte, ist sehr schwierig zu sagen. Für eine Auflösung in den nächsten sechs Monaten sprechen mehrere Umstände: die fortschreitende politische Organisierung der Arbeiter; das Ende des südafrikanischen Krieges; das stätbare Verlangen des Landes nach einer anderen Regierung. Die herrschenden Klassen sind viel zu klug, um die politische Strömung unter den Arbeitern verschärfen zu helfen. Und dies würde geschehen, wenn die konservative Partei noch weiter am Ruder bliebe. Ferner ist zu bedenken, daß die Demobilisierung der südafrikanischen Armee mindestens 70 000 Proletariat auf den Arbeitsmarkt werfen und dadurch die Arbeitslosigkeit und die allgemeine Unzufriedenheit verschärfen wird. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die herrschenden Klassen warten würden, bis dieser Zustand eine radikale Stimmung im Lande erzeugt. Schließlich giebt es in der konservativen Partei zahlreiche Elemente, die mit der Vetternwirtschaft der Regierung unzufrieden sind und bei jeder Gelegenheit in Revolten ausbrechen.

Das Land ist also reif für eine Schwächung. Sie kann schon in den nächsten sechs Monaten erfolgen, aber auch erst nach einem Jahre. Der Zeitpunkt hängt bis zu einem gewissen Grade von persönlichen Stimmungen und Berechnungen der Minister ab; in der Hauptsache aber von den Verhandlungen der liberalen Partei mit den Irlandern. Denn sind die Liberalen der Hilfe der irischen Homeruleer nicht sicher, so dürfte auf den Bestand einer liberalen Regierung nicht zu rechnen sein. Nun herrscht gerade in diesem Punkte bei den Liberalen noch viel Unklarheit und Unsicherheit. So lange aber diese Frage nicht geregelt ist, werden die liberalen Führer es sich wohl überlegen, einen ersten parlamentarischen Kampf gegen die Regierung in Scene zu setzen. Die Stellung der liberalen Partei zu den Iren ist der Schlüssel zu der gegenwärtigen innerpolitischen Lage Englands.

Frankreich.

Ein Reden des Justizministers Vallé.

Am Sonntagabend hielt der Justizminister in Chalons sur Marne eine Vauktrede, in welcher er die Maßnahmen der Regierung gegenüber den Kongregationsschulen verteidigte. Er sagte etwa: Ganz besonders habe sich die Regierung die Aufgabe gestellt, die Verurteilten gegen die Ordensgesellschaften zur Durchführung zu bringen. Wir haben das Schauspiel erlebt, daß je mehr Gesetze gegen die Kongregationen gemacht worden sind, desto mehr diese versucht haben, sich denselben zu entziehen. Seit 100 Jahren hat es keine Regierung in Frankreich gegeben, die nicht Gesetze gegen die Kongregationen gemacht hätte und auf der andern Seite keine Kongregation, die nicht versucht hätte, diese Maßnahmen illusorisch zu machen. So habe man auch, als das Gesetz von 1901 verabschiedet wurde, ohne Ehen erklärt, daß dieses tote Buchstabe bleiben, daß niemand es wagen werde, die Ordensschulen zu schließen. Jetzt aber hat man gesehen, daß es der Regierung ernst ist, dem Gesetze Gehorsam zu verschaffen. Hinter der Agitation gegen das Gesetz stehen alle Feinde der Republik vereint; es ist ihnen aber nicht gelungen, den Frieden des Landes zu stören. Gegenüber dem reaktionären Bloß steht ein stärkerer, der Bloß der Demokraten und Republikaner.

Auf das allgemeine Regierungsprogramm übergehend, kündete der Minister die feste Absicht der Regierung an, die zweiwöchige Dienstzeit zur Einführung zu bringen. Ferner werde das Einkommensteuer-Gesetz so umgeändert, daß die Ungerechtigkeiten des jetzigen beseitigt würden. Wir haben ferner die Verpflichtung übernommen, die Arbeiterversicherung zur Durchführung zu bringen. Wir können nicht versprechen, ob wir diese Aufgabe in der so schon sehr belasteten Legislaturperiode werden lösen können, sicher aber ist, daß wir diese Gesetzgebung auf einen Punkt bringen werden, daß ihre Erledigung nicht mehr zu umgehen sein wird.

Vom Kulturkampf.

In den Generalräten (Vertretungen der Departements), deren Tagung im Laufe der vergangenen Woche begann, ist die Abstimmung für oder wider die Haltung der Regierung ganz zu Gunsten derselben ausgefallen. „Le Temps“ behauptet zwar, daß von den 87 Generalräten nur 42 für die Regierung gestimmt hätten, hierzu würden voraussichtlich noch zwei kommen, die zur Zeit noch nicht tagen. Ganz anders sieht selbst Paul de Cassagnac die Abstimmung an; er gesteht in der „Autorité“ zu, daß die Abstimmung eine Niederlage für die Liberalen gebracht habe. 41 hätten sich für die Regierung ausgesprochen, nur zehn Generalräte hätten mehr oder weniger schwächern die Freiheit des Unterrichts betont und die Wiedereröffnung der Schulen verlangt. Die andern Generalräte hätten sich hinter Nebenfragen verschauert, so daß die von den Reaktionsären angeregte Protestbewegung innerhalb der Generalräte einen glänzlichen Ausgang genommen habe.

Gegen den Bauern Cassel, der in Saint Reens durch Steinwürfe den Polizeikommissar ziemlich schwer verunndete, ist die Untersuchung eingeleitet; er wird in Haft behalten. — Auch gegen die adligen Aufseher und Siegel-Abreißer wird energisch vorgegangen. Herr de Pressac wurde zu 50 Fr. Geldstrafe verurteilt, weil er trotz dreimaliger Aufforderung eine bewaffnete Gruppe nicht verlassen hatte. In Montreuil wurde Herr d'Hautesville wegen Verletzung eines Siegels zu sechs Tagen Gefängnis, ein anderer Herr zu 200 Fr. Geldstrafe verurteilt. Ein Herr zu Fresat, Besitzer der Schule von Bloarec, hat den Präfecten von Finistère wegen Schließung der Schule zu 2000 Fr. Schadensersatz verklagt.

Belgien.

Das Gesetz betreffend die Schließung der Spielhöllen, welches vom Senat und der Deputiertenkammer längst votiert ist, und gegen dessen Unterzeichnung der König sich bisher sträubte, wird demnächst doch in Kraft treten. Der König hat in die Unterzeichnung willigt und soll das Gesetz mit dem 10. Oktober Geltung erlangen. So haben die Besitzer der Spielbanken und die Croupiers doch noch einmal eine gute Karte gehabt.

Gegen den socialistischen Deputierten Mansart, Bürgermeister von La Louvière, ist die Untersuchung eingeleitet, weil er sich während der April-Auffstände geweigert hatte, Truppen in kommunalen Gebäuden unterzubringen.

Spanien.

Barcelona, 25. August. Gestern fand ein großes Meeting statt, in welchem gegen die Verhängung des Belagerungs-zustandes protestiert wurde. Die Regierung wurde von mehreren Rednern in heftiger Weise angegriffen. Dem Ministerpräsidenten soll eine Petition zu Gunsten der Wiedereröffnung der Verfassungsrechte durch eine Deputation überreicht werden. — Unter der Arbeiterbevölkerung nimmt die Ausstands-De-

ung angeblich immer mehr zu. Wie es heißt, werden als sie die Zimmerecke, darauf die Kollatur und dann nach und nach alle übrigen Gewerkschaften in den Ausstand treten. Unter den Straßendämmerung-Angestellten herrscht ebenfalls große Unzufriedenheit, auch diese beschließen durch einen Ausstand eine Besserung ihrer Lage zu erzielen. —

Asien.

Die Ermordung zweier Missionare wird jetzt anscheinend zuverlässig aus Peking gemeldet. Die in Tschentschau, Provinz Hunan, ermordeten englischen Missionare Bruce und Lewis hatten erst kürzlich bei ihrer Rückkehr auf ihre Station an Freunde geschrieben, daß die chinesische Bevölkerung freundliche Gefühnungen gegen sie hege. Die Mordtaten wurden durch den unter den Chinesen herrschenden Glauben verursacht, die Missionare hätten durch geheime Mittel den Ausbruch einer Choleraepidemie verursacht, die unter den Chinesen zahlreiche Opfer forderte. Die erregten Volksmassen führten die Mission, erschlugen die Missionare mit schweren Instrumenten und verwundeten auch die chinesischen Diener der Missionare. Der Präsident des Auswärtigen Amtes, Prinz Tsching, drückte dem britischen Gesandten Sir Ernst Satow sein Bedauern über das Vorgefallene aus und versprach die Bestrafung der Mordtäter. Das britische Kanonenboot „Snipe“ hat eine Abteilung Matrosen gelandet, die zur Feststellung des Tathatsachen an den Schauplatz der Mordtaten abgehen. Sie werden dorthin von chinesischen Truppen geleitet.

Partei-Nachrichten.

Reichstags-Kandidaturen. Für Liegnitz-Goldberg wurde Julius Brubus wieder als Kandidat aufgestellt, für den 18. sächsischen Kreis Wilhelm Stolle und für Hamburg III. Wilhelm Meyer.

Die Kreis-Konferenz für Königsberg (Preußen) fand am 17. August in Jellin statt. Für die Agitationskommission war Genosse Wesenig erschienen, ebenso war der Kandidat des Kreises, Genosse Götte, anwesend. Die Einnahme im Kreise betrug 230,40 M., Ausgabe 181,20 M., Bestand 49,20 M. Verbreitet wurden an Agitationschriften: Kalender „Der Märkische Landbote“ 12 000, die „Fackel“ in einer Auflage von 11 000 Exemplaren. Die „Märkische Volkstimme“ wird in 88 Exemplaren im Kreise geleitet. Zum Parteitag in München wurde Genosse Götte als Delegierter gewählt. Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Jelsmann, Neumann, Ebel-Praxis und Schürle-Klein als Delegierte gewählt. Zum Kreis-Vertrauensmann wurde Genosse Jelsmann einstimmig wiedergewählt. Nach Beendigung der Konferenz erstattete der Vorsitzende des Wahlvereins Bericht über die Tätigkeit desselben. Die Mitgliederzahl beträgt 248.

Der XIII. Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Welt fand am 23. und 24. August unter starker Beteiligung in Kallerslautern statt. Vertreter waren 47 Orte. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß die Tätigkeit, die der Vorstand im abgelaufenen Jahre entfaltet, mehr dem inneren Parteileben, der Förderung der Organisationen gewidmet war. Der sichtbare Erfolg dieser Tätigkeit dokumentiert sich in der Zunahme der organisierten Parteigenossen. Jetzt zählt die Partei in 51 Organisationen rund 9000 organisierte Mitglieder. Der Zuwachs beträgt 800. Die Einnahmen des Vorstandes betragen 3178 M., die Ausgaben 1921 M. An die Parteikasse in Berlin wurden 450 M. abgeführt.

Gleich erfreulich wie der Halbjahresbericht des Vorstandes lautet der Geschäftsbericht des Partei-Organs, der „Fälzische Post“, deren Auflage sich seit Jahren, wenn auch langsam, so doch stetig erhöht. Auch im abgelaufenen Jahre ist ein Wachstum der Abonnentenzahl um 400 zu verzeichnen. Das finanzielle Ergebnis des abgelaufenen Jahres ist ein hocherfreuliches. Dem Preisfonds konnte wiederum ein erheblicher Betrag überwiesen werden. Die Gehälter der Angestellten der „Fälzischen Post“ wurden entsprechend den Forderungen des Vereins Arbeiterpresse geregelt. Die völlige Selbständigmachung der „Fälzischen Post“ — sie wird bis zur Stunde in der Druckerei der Mannheimer „Volkstimme“ hergestellt, mit der sie auch den politischen Teil gemeinsam hat, welches Verhältnis neben mancherlei Unannehmlichkeiten auch Unannehmlichkeiten für beide Teile hat — wird zurückgestellt bis zum Eintritt günstigerer Zeiten. Die Debatten ergaben eine erfreuliche Uebereinstimmung der Genossen mit der Haltung, die der Vorstand sowohl in der Pressefrage, als auch in der Verdringung der Agitation eingenommen.

Gemeindevahlen in Bayern. Der sozialdemokratische Verein in Erlangen beschloß beim Tagessitz am die Wiedereinführung der Bezirksvahlen nachzusuchen, damit es der Arbeiterpartei ermöglicht werde, auf dem Rathhause vertreten zu sein. Dieser Wahlmodus bestand früher schon bis zum Jahre 1899, wurde aber von der liberal-freiwirtschaftlichen Mehrheit beseitigt, als die Gefahr aufstand, daß einige Sozialdemokraten gewählt würden. Die Versammlung lehnte es einstimmig ab, mit irgend einer anderen Partei ein Kompromiß abzuschließen, sondern beschloß selbständig in den Wahlkampf einzutreten.

Im Sozialdemokratischen Verein zu Offenbach a. Main besprach man am Sonnabend die Tagesordnung der am 7. September in Worms stattfindenden hessischen Landeskonferenz. Dabei wurde angeregt, eine 50 prozentige Erhöhung der Beiträge zur Landesklasse einzutreten zu lassen, da auf die Dauer mit dem bisherigen Beitrag nicht auszukommen sei. Ferner wurde ein Antrag zum deutschen Parteitag lebhaft besprochen, der verlangt, daß unsere Parteipresse sowie die „Neue Welt“ und die „Glocke“ der Gesundheitspflege, Kindererziehung wie Hauswirtschaft ihr Augenmerk zuwenden möchten, damit die Frauen geneigter für unsere Presse gemacht und sie dadurch der in dieser Beziehung Vieles bietenden bürgerlichen Presse abwendig gemacht würden. Vom Genossen Scheidemann wurde darauf hingewiesen, daß dieser Vorschlag wohl erwünschenswert sei, aber doch zu weit ginge. Da die Parteipresse im allgemeinen gegen früher bezüglich des Formeltons und Unterhaltungsstoffes mehr bietet und sich erheblich verbessert habe, so könnte die „Neue Welt“ ihren unterhaltenden Teil einschränken und im Sinne des oben angeordneten Wunsches wirksam sein. Ein Vorschlag wurde nicht gefaßt, sondern dem Antragsteller, Genossen Steinhauf, der vom Kreis Offenbach-Dieling zum Parteitag nach München mitdelegiert wurde, überlassen, diesbezügliche Anregungen auf der Wormser Landeskonferenz wie dem Parteitag zu geben. Der in letzter Zeit mehrere Versammlungen der Offenbacher Organisation befristende, aber abgelehnte Ausschluß des Genossen Streb wegen Parteiverrat wurde auf der am vorigen Sonntag in Würzel stattgefundenen Kreis-Konferenz dem Parteivorstande überwiesen, der nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht installieren soll, was diese Angelegenheit definitiv erledigt. Große Auseinandersetzungen gab es am Sonnabend auch über ein Wiederannahme-Gesuch des in früheren Jahren im hiesigen Kreise agitatorisch thätigen Genossen Galm, der wegen mehrfacher Verletzungen seiner Zeit aus der Partei ausgeschlossen wurde. Trotz mehrfacher warmer Befürwortung wurde diese Aufnahme aber abgelehnt. Mit dem Ausschluß einiger Streikbrecher im Auslande bei der Müllergesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau wird sich die nächste Versammlung des Offenbacher Vereins zu beschäftigen haben.

Nürnberg, 24. August. In meinem Bericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins müssen wir zur Vermeidung von Mißverständnissen noch nachtragen, daß Genosse Dr. Braun in seiner Ausführungen über die Verdringung der Frauenkonferenz sagte: In dieser Versammlung konnten auf Grund der famosen bayerischen Vereinsgesetzgebung Frauen nicht erscheinen; es ist uns deshalb aus formalen Gründen nicht gut möglich, hier eine Frau als Vertreterin der Arbeiterinnen zu delegieren.

Zu den Führern der Londoner Zweigvereine der Unabhängigen Arbeiterpartei gehört jetzt auch Mrs. Cobden-Sanderson, eine Tochter Richard Cobdens.

In einer Geheimdruckerei in Rußland ist eine neue Nummer des Centralorgans des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland — „Die Arbeiterstimme“ Nr. 27 — worden erschienen. Die Zeitung hat folgenden Inhalt:

Demonstrationen und bewaffneter Widerstand; 24 Stunden unter der Erde (im Gefängnis); Feuilleton, Des Sultans Jammer (humoristisches Gedicht); Sphyagin und von Plehde; Die müssen wir auf körperliche Züchtigung antworten? Unsere Rai-Chronik — zwei Geheimcirculars und Berichte über Rai-Demonstrationen in Warschau, Wilna, Riga, Dwinsk, Minsk, Kowna, Verdyskew, Witebsk, Homel, Loda, Bialystok, Grodna, Mohilew, Vorkarbeiter und Gorberrahon; Die schändliche Verdringung in Wilna und Minsk; Welche Antwort hat die zarische Regierung auf ihre Grenzthalen erhalten? Die Bauernruhen im Gouvernement Pskowa; Briefe aus dem Moskauer Stoppengefängnis und aus dem Gefängnis in Mischinev; Opfer des russischen Judentums; Die Hinrichtung unseres Genossen Dirsch Lecker; Kassenbericht des Centralkomitees vom 1. Februar bis zum 1. Juni 1902.

Totenliste der Partei. Am Sonnabend verstarb im Alter von 86 Jahren der älteste Parteigenosse Quedlinburg, Friedrich Meier. Er war keiner von denen, die sich rednerisch hervorthun konnten, aber im engen Kreise, in der Agitation von Mund zu Mund, war er desto rühriger. Trotz seines hohen Alters beteiligte er sich noch an allen Parteiveranstaltungen. Die Quedlinburger Parteigenossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Aus Industrie und Handel.

Die Einschränkung des Coats-Hudkass wird, laut „Rein-Best.“, für September von 33 auf 27 Proz. ermäßigt, die Anlage von 3/4 auf 4 Proz. erhöht.

Zur Ausfuhrpraxis des Halbzugverbandes erhält die „Rein-Best.“ eine Zuschrift aus industriellen Kreisen, die einen weiteren Beitrag zu den Klagen der deutschen Fabrikanten eiserner Fertigkeiten liefert, daß ihnen durch die niederen Preise, zu welchem der Verband im Auslande seine Fertigkeiten absetzt, der Konkurrenzkampf mit der dortigen Fertigungsindustrie außerordentlich erschwert wird. So heißt es z. B. in dem Schreiben:

„Halbzug wird nach dem Auslande bis zu 15 M. unter Inlandspreis verkauft und dadurch den Holzwerken in Belgien und England Gelegenheit gegeben, mit Holzprodukten aus deutschem Rohstoff deutschen Holzwerken empfindlichen Wettbewerb zu bereiten, ein Uebelstand, der schon häufig beklagt worden ist, dem aber nicht eher abgeholfen werden wird, bis der Halbzug-Verband die Behandlung des Exports ebenfalls in die Hand genommen hat und dann das Geschäft nach nationalen Prinzipien handhabt. Lieber sollte der Verband den deutschen Werken einen größeren Posten zu Ausfuhrzwecken so billig überlassen, wie ihn das Ausland bezieht, als das Ausland zu bevorzugen und dem heimischen Arbeiter Gelegenheit zur Beschäftigung zu entziehen. Es ist begreiflich, wenn in den Kreisen der Halbzug-Verband sich eine Mißstimmung gegen den Halbzug-Verband bildet und weiter ausdehnt. Man hat diese Mißstimmung zu dämmen gesucht durch die endliche Bewilligung von Ausfuhrvergütungen, durch die aber der Fertigungsindustrie des Geschäftsmenschen Freude nicht zu teil geworden ist; im Gegenteil hat sie mehr Enttäufung gebracht als Befriedigung. Dadurch, daß auch Halbzug Ausfuhrvergütung genießt, wird die billige Abgabe ans Ausland erleichtert und der eigentliche Fabrikant fertiger Ware gelangt gar nicht in den Genuß, obwohl doch in seinem Produkt die meiste nationale Arbeit enthalten ist. Die inländischen Schraubenfabrikanten beziehen z. B. keine Ausfuhrvergütung, die belgischen Fabrikanten aber haben billige Kohlen, billiges Halbzug aus Deutschland, können von deutschen Werken sogar Stabeisen so billig beziehen, daß der Preisunterschied mehr ausmacht als die Ausfuhrvergütung für Stabeisen beträgt, es ist sogar beobachtet worden, daß die Auslandspreise seit Bewilligung der Ausfuhrvergütung und wahrscheinlich auch wegen derselben gesunken sind; das falsche System hat also dazu geführt, den deutschen Absatz im Auslande zu unterbinden statt ihn zu fördern.“

Rußlands Außenhandel. Die gesamten Handelssumme des europäischen Rußlands erreichten in den ersten vier Monaten des Jahres 1902 einen Wert von 369 384 000 Rubel gegen 344 518 000 Rubel im Jahre 1901.

Die Ausfuhr gestaltete sich in den ersten vier Monaten der letzten drei Jahre in den einzelnen Warengruppen, wie folgt:

	Lebensmittel	Rohstoffe und Halbfabrikate	Wied. Fabrikate	Zusammen	
1900	84 915	84 344	307	61 083	169 436
1901	85 858	88 908	337	53 210	168 357
1902	128 347	87 292	283	47 938	167 798

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß der Export von Lebensmitteln am meisten gestiegen ist, während zugleich die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten gegen 1901 um 3 Proz., die der Fabrikate um 21,6 Proz. zurückgegangen ist.

Die Einfuhr erreichte in den einzelnen Warengruppen die nachstehenden Wertziffern:

	Lebensmittel	Rohstoffe und Halbfabrikate	Wied. Fabrikate	Zusammen	
1900	23 702	63 562	5 235	5 597	159 309
1901	26 407	73 519	5 073	6 212	180 661
1902	22 282	71 285	7 108	4 871	211 591

Die Abnahme der Einfuhr zeigt sich bei allen Warengruppen, mit Ausnahme der Rohstoffe und Halbfabrikate, deren Einfuhr um 3 389 000 Rubel oder 4,1 Proz. gestiegen ist; die Abnahme beträgt bei den Lebensmitteln 4 125 000 Rubel oder 15,5 Proz., beim Vieh 54 000 Rubel oder 16 Proz., und bei den Fabrikaten 5 274 000 Rubel oder 10 Proz.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den Riles-Werken.

Mit Bezug auf den Versammlungsbereich in Nr. 194 des „Vorwärts“, wo der Streik auf den Riles-Werken in Ober-Schöneweide behandelt wurde, erhalten wir von der

Direktion der Riles-Werke

eine Zuschrift, um deren Veröffentlichung wir unter Berufung auf das Pressegesetz ersucht werden. Obgleich die Zuschrift der Direktion den Maßnahmen einer pressegesetzlich zulässigen Berichtigung weit überschreitet, bringen wir sie vollinhaltlich zum Abdruck. Sie lautet:

Die Deutsche Riles-Werke-Maschinen-Fabrik, kurz Riles-Werke genannt, ist nicht von einem amerikanischen Konsortium, sondern von deutschen Firmen gegründet worden.

Unter dem Prämiensystem wurden mindestens dieselben Löhne gezahlt wie anfangs, nur war den fleißigen Arbeitern Gelegenheit gegeben, sich außer dem Lohne noch eine Prämie zu verdienen. Unsere Arbeiter zeigten leider wenig Neigung, die für die angustierenden Arbeiten sehr reichlich bemessenen Zeiten zu reduzieren und sich so Prämie zu verdienen, begnügten sich vielmehr größtenteils mit dem hoch bemessenen Stundenlohn (Drehler 50, 55, 60 resp. 65 Pf.). Die Folge davon war, daß wir viel zu teuer fabrizierten und daher genötigt waren, Accorbarbeiten einzuführen.

Bei Festlegung von Accorden in einer neuen Fabrik laufen natürlich Irrtümer unter, sowohl zum Schaden der Arbeiter wie zum Schaden der Fabrik. In ersterem Falle verlangen die Arbeiter eine Aufbesserung, die auch gewährt wurde, in letzterem Falle erklärten sie jedoch jede Reducierung zu hoher Accorde für ein Herunterscheiden.

Daß die Arbeiter (Drehler) unter dem Accordsystem nur 30, 40 höchstens 45 Pf. verdienen hätten, ist ausweislich unserer Lohnlisten eine trübe Unwahrheit. Alle besseren Drehler haben durchschnittlich 60 Pf. pro Stunde verdient, es befinden sich jedoch auch Leute darunter, welche auf 70 und sogar 80 Pf. pro Stunde gekommen sind.

Einige Arbeiter der Gießerei sind für leichtere Formarbeiten angelernt worden, niemals aber ist es uns in den Sinn gekommen,

die gelernten Formen entbehren zu können. In der Dreherei sind Arbeiter nicht angelernt worden.

In rumanischen Blättern ist nie annonciert worden; ob irgend ein Arbeiter vorher in Bukarest gearbeitet hat, wissen wir nicht.

Die Dreher haben nicht einen festen Stundenlohn von 50 Pf. gefordert, sondern die Beibehaltung der ersten Accordlage bei einem garantierten Mindestverdienst von 50 Pf. pro Stunde. Nur um die Angelegenheit friedlich zu ordnen, hat die Direktion einen Mindestverdienst von 40 (nicht 45 Pf.) pro Stunde garantiert wollen, obgleich eine Garantie dem Sinne der Accorbarbeit vollkommen widerspricht.

Erfolg für die streikenden Dreher konnten wir nicht finden, da die Arbeitswilligen durch Ueberebungen, Drohungen und Mißhandlungen seitens der Streiker und ihres Anhangs immer wieder zum Aufhören gezwungen wurden. — Daß der Verband Berliner Metall-industrieller eine Aussperrung von 25 Proz. aller Metallarbeiter angedroht habe, ist nicht wahr. Im Gegenteil, der Verband hat klar und deutlich zu erkennen gegeben, daß er die Angelegenheit in Güte erledigt zu sehen wünsche und nur vor der Folge eines Kampfes gewarnt.

Den Formern wurde gleichzeitig mit allen übrigen Arbeitern mitgeteilt, daß neue Arbeit nicht vorgegeben werde, sie erklärten darauf, lieber gleich aufhören zu wollen. Wir haben infolgedessen die Formern niemals als Streiker betrachtet. Weshalb dieselben sich jetzt als solche gerieren, dürfte nicht schwer zu erründen sein.

Schachtungsvoll
Deutsche Riles-Werke-Maschinen-Fabrik
Kriegarten. Blumenhof.

Nach vorstehender Darlegung der Direktion geben wir der in Frage kommenden Arbeiterorganisation, dem

Metallarbeiter-Verband

das Wort zu einer Gegenäußerung über die in dem vorstehenden Schreiben berührten Verhältnisse, die hiernach doch in einem andern Lichte erscheinen, als die Direktion es hinzustellen sucht. Die uns zugegangene Entgegnung lautet:

Die Firma legt Gewicht darauf, nicht als amerikanische, sondern als deutsche Firma zu gelten.

Das wird auch schon in den Proschüren, die seitens der Firma vor einiger Zeit herausgegeben sind, behauptet.

Aber in genannter Schrift werden nur ein Teil der Gründe angegeben und zwar die deutschen. Wer sonst noch hinter dem Unternehmen steht, wird verschwiegen. Nur ist es doch klar, daß eine amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik nicht ohne weiteres alle gegenwärtigen und späteren Patente nebst sonstigen Einrichtungen einem deutschen Unternehmen überläßt und sich verpflichtet, derartige Maschinen nicht nach Deutschland zu importieren. Die Dinge stehen vielmehr so, daß das Stommgelände in Hamilton im Verein mit deutschen Unternehmern das Werk gegründet hat. Die Deutschen gaben das Geld und den Namen her, im übrigen ist das Werk eine Filiale des amerikanischen Stammgeschäfts.

Das Werk hatte, wie alle Knechtgebunden dieser Art, bei Eröffnung darauf zu sehen, daß erklaffige Kräfte bei ihm in Arbeit traten. Um das zu erreichen, zahlte man einigermassen anständige Löhne. Nun wollte man aber die Löhne und Accordpreise wieder drücken und führte zu dem Zweck das Prämien-system ein, das sich bei der Firma Löwe (Löwe ist auch am Werk beteiligt) zum Preisdrücken so sehr bewährt hat. Die Worte vom fleißigen Arbeiter dem man Gelegenheit geben wollte mehr zu verdienen, sind nichts als Phrasen, um den wahren Grund zu verschleiern. Die Arbeiter sind einmal bei Löwe mit dem Prämien-system gründlich heringefallen und sehen sich deshalb vor. Daß aber deshalb die Firma zu teuer fabriziert, ist eine beweislose Behauptung. In Wahrheit liegt es wohl daran, daß die Fabrik, besonders zu Anfang, einen ungeheuren Verwaltungs-apparat hatte, der in keinem Verhältnis zu den dort thätigen Arbeitern stand.

Bei dem Versuch, den die Firma vorigen Herbst machte, um die Löhne aller Arbeiter um 15—20 Proz. zu drücken, ist ja die Firma nicht zu ihrem Ziel gekommen. Nun kam, was wir voraussehen, nämlich man nahm sich die Arbeiter einzeln vor. Abzüge waren seit vorigem Herbst an der Tagesordnung. Viele Arbeiter haben wegen dieser Abzüge im Laufe der letzten Monate ihre Entlassung genommen. Daß eine ganze Reihe von Arbeitern so niedrig bezahlt wurden, daß nicht der Abschlagslohn von 50 Pfennig verdient werden konnte, kann jeder Zeit bewiesen werden. Daß darunter Arbeiter waren, die bei dem von der Firma festgesetzten Preise nicht mehr als 30—40 Pfennig pro Stunde einbrachten, kann ebenfalls bewiesen werden. Wäre das nicht der Fall, warum sträubt man sich dann gegen den Verdienst von 50 Pfennig pro Stunde? Warum will man nur 40 Pfennig geben? Und warum kam die Firma nicht zum Einigungsamt, wenn die Arbeiter so sehr Unrecht hatten? Nichtig ist, daß nicht ein Stundenlohn, sondern ein garantierter Stundenverdienst von 50 Pfennig verlangt wurde. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß den Arbeitern, die den höchsten Anforderungen in Bezug auf Leistungsfähigkeit genügen wollten, der eingeschriebene Stundenlohn garantiert werden sollte. Ob das dem Sinn der Accorbarbeit widerspricht, mag dahingestellt sein. Unbillig ist doch wohl das Verlangen der Arbeiter nicht, wenigstens eine kleine Unterlage für ihren möglichen Verdienst zu haben.

Daß Erfolg für die streikenden Dreher nicht zu finden war, ist uns ja bekannt. Aber die von der Firma angegebenen Gründe treffen nicht zu. Warum hat sie dem die Arbeitswilligen wieder entlassen, die auf dem Werk schliefen? Die kamen doch mit den Streikenden nicht zusammen. Die Wahrheit ist, daß die vorhandenen Arbeitswilligen nicht leisten konnten, und darum das Aufhören. Daß in Bukarest nach Arbeitswilligen inseriert ist, wurde uns mitgeteilt von Drehern, die von Bukarest hierher kamen.

Was weiter vom Verband der Berliner Metallindustriellen berichtet wird, trifft auch nicht zu. Nicht einmal, sondern mindestens ein halb Dutzendmal ist von Herrn Kessel den Arbeitslosen und Streikposten gegenüber mit der Aussperrung gedroht worden. Auch ist es Thatsache, daß Herr Kühnemann von dem Funken sprach, der zur Flamme werden sollte.

Der Ausstand der Formern ist darauf zurückzuführen, daß die Firma den Formern gegenüber nicht korrekt verfahren ist nach dem letzten vor vier Wochen stattgefundenen Streik. Die Firma hat alle Formern entlassen wegen angeblichem Mangel an Arbeit und Tags darauf neue Leute eingestellt. So sollten die alten Leute hinausgeschoben werden, um mit den jungen Arbeitern dann besser experimentieren zu können. Zu erründen giebt es da weiter gar nichts.

Die streikenden Arbeiter sind jederzeit bereit, mit der Direktion zu verhandeln, und da der Unterschied zwischen dem was gefordert wird und dem was man bewilligen will, nur ein gradueller ist, kann bei einigermassen gutem Willen eine Verständigung nicht schwer sein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Gärtner! Bekanntlich hat die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins den Anschluß an die moderne Gewerkschaftsbewegung abgelehnt.

Kollegen, Ihr seht hieron, daß es für uns keine Frage mehr sein kann, wie wir uns organisieren müssen. Es muß jetzt jedem zielbewußten Kollegen klar sein, daß es für uns nur eine Organisation giebt, die in Wirklichkeit die Interessen der arbeitenden Gärtner und Gartenarbeiter vertritt, und das ist die Deutsche Gärtner-Vereinigung, die sich bereits an die modernen Gewerkschaften angeschlossen hat.

Darum ergeht auch heute wieder der Ruf an Euch: Organisiert Euch, tretet der Deutschen Gärtner-Vereinigung bei. Der Jahlabend derselben findet alle Sonnabende bei F. Wille, Linienstr. 217, statt. Dasselbst werden auch neue Mitglieder aufgenommen.

Deutsche Gärtner-Vereinigung (Sitz Hamburg).
J. A. Der Vertrauensmann für Berlin: Walter Kwasnit,
W. 62, Reithstr. 3.

Die **Vaukempner** haben am Sonntag beschlossen, ihre Forderungen den Meistern am Montag (gestern) einzureichen und bis Mittwoch einer Antwort entgegenzusehen. Von der Antwort der Arbeitgeber wird es abhängen, welche Beschlüsse in der am Mittwoch stattfindenden Kämpferversammlung gefaßt werden.

Deutsches Reich.

Zum **Kachener Straßenbahner-Ausstand** wird uns geschrieben: Die unter dem Vorsitz eines Bürgermeisters als Vertreter des Kachener Oberbürgermeisters und unter Beteiligung politischer und anderer Amtspersonen abgehaltene Einigungsverhandlung verlief ergebnislos, weil die Kleinbahndirektion die Maßregelung von acht Fortführern nicht wieder aufheben und von den 122 Ausständigen nur 72 zunächst wieder einstellen will. Die Maßregelungen sind bekanntlich die Hauptursache der Arbeitseinstellung, und es ist begreiflich, daß der Ausschluß der Streikenden auf deren Mithingängigmachung nicht verzichten wollte. Die Kachener Einwohner stehen mit ungewöhnlicher Einmütigkeit auf Seiten der Angestellten. Eine von 600 Personen besuchte Versammlung stellte sich vollständig auf die Seite der Streikenden und beschloß, so lange die Straßenbahnwagen nicht zu benutzen, bis das alte gutgeschulte Personal wieder an Stelle des jetzigen zum Teil unfähigen und den gesetzlichen Vorschriften nicht genügenden fährt. Am Sonnabend fuhr ein einschlägig der Stolberger Straße nur 21 Wagen. Die Zahl der Ausständigen hat sich bisher stets vermehrt; nicht ein einziger ist zum Streikbrecher geworden. Die Ausständigen gehören sämtlich dem Centralverband der Transport- und Verkehrsarbeiter an. Auch eine Versammlung von Kleinbahn-Arbeitern stellte sich auf die Seite der Ausständigen und veranfaßte eine schriftliche Eingabe an die Direktion und an den Regierungspräsidenten.

Der **Streik der Zimmerer von Coblenz und Umgegend** ist nach zwölfwöchentlicher Dauer nunmehr als beendet zu betrachten. Die gestellten Forderungen: zehnstündige Arbeitszeit und 40 Pfg. Stundenlohn sind durchweg erreicht worden. Auch bezüglich der Forderungen für jugendliche Arbeiter sind zufriedenstellende Vereinbarungen getroffen worden.

Steinfeder. Bei der Firma Böhrle in Stargard i. P. haben die Steinfeiler wegen Maßregelung die Arbeit eingestellt. Zugang ist ferngehalten.

Ausland.

Ein **Rattundrucker-Streik** ist in **Leiden** ausgebrochen. Diese Arbeiter verdienen in der letzten Zeit nur 3 Gulden pro Woche und erklärten nun, daß sie lieber ohne Arbeit sein, als bei der Arbeit verhungern wollen. Der Streik ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil Leiden für die Arbeiterbewegung bis jetzt eine tote Stadt war, wo der Meeus eine unumschränkte Herrschaft ausübte.

Der **Bergarbeiter-Verband des Loire-Departements** beschloß eine frühere Abhaltung des ursprünglich auf den 24. Dezember einzuberufenden Bergarbeiter-Kongresses zu verlangen und auf diesem die Frage des Ausstandes zu besprechen.

Der **Norwegische Buchbinder-Verband** hielt vom 8. bis 10. August in Kristiania seine zweite Landesversammlung ab. Der Verband hat sich in den letzten Jahren befriedigend weiter entwickelt. Die Landesversammlung nahm eine Resolution an, in der eine Revision des Handwerksgesetzes, besonders der Bestimmungen über das Lehrlingswesen gefordert wird. Ferner erklärte sie, daß es Pflicht der Mitglieder sei, die sozialdemokratische Presse zu unterstützen. Als Verbandsvorsitzender wurde A. Gundersen gewählt.

Der **Kohlenarbeiterstreik in Pennsylvania** wird berichtet: Die Unterhandlungen zur Beilegung des Ausstandes scheinen jetzt endgültig gescheitert zu sein, denn Mr. Morgan läßt plötzlich (nachdem er erst vor wenigen Tagen den Bischof Potter und den Senator Hanna mit der Beilegung erneut betraut hatte) ankündigen, er könne weiter nichts thun und werde sich nun nicht mehr in den Ausstand mischen.

Sociales.

Die herrliche preussische Volksschule.

In einer Gerichtsverhandlung schilderten die der Magdeburger Volksschule berichtete wird, der Lehrer Deumichen und Volke- r o d e bei Hildeleben sowie der Schulinспекtor Pastor Hübelin die Zustände in der dortigen Schule in lieblichster Weise:

Bei der letzten Einschulung hätten wegen Platzmangels 47 Kinder zurückgewiesen werden müssen. Die Regierungsbestimmungen bezüglich des Platzes und der Luft für die Kinder würden nicht beobachtet. Für 80 Kinder sei nur Platz in den Klassen, aber 98 Kinder würden untergebracht. Mit Recht meinte der Lehrer, es sei gar kein Wunder, wenn er sich in solcher Klasse nicht mehr zurecht finde. Trotz ihrer Kenntnisse könnten die Kinder nicht verjagt werden, weil in den oberen Klassen kein Platz sei. Wenn Platz werde, sage der Schulinспекtor: „Jetzt können wir wieder verjagen!“ Herr Hübelin behauptete ebenfalls, daß in dortiger Gegend die Kinder wegen Platzmangels größtenteils erst mit dem 7. Jahre eingeschult würden. Bei den Verlesungen der Kinder verfuere er sehr liberal. Er gehe nicht so genau nach den Kenntnissen, sondern mehr nach dem Alter und sitze danach, daß möglichst alle Kinder aus der ersten Klasse konfirmiert werden.

Ueber solche Zustände glaubt man die Öffentlichkeit hinwegtäuschen zu können durch Mißbrauch der Statistik, dadurch, daß man dem königlich preussischen Statistischen Bureau aufstiebt, durch Additionsmisstände die Welt mit großen Zahlen zu blenden.

Der **englische Arbeitsmarkt.** Nach der „Labour Gazette“ zeigten die berichtenden Gewerkschaften im Monat Juli vier Prozent Arbeitslose. Von Lohnänderungen wurden 293 911 Arbeiter betroffen. Das Resultat dieser Änderungen war eine Lohnherabsetzung von 60 Pfg. pro Kopf und Woche.

Genossenschafts-Ausstellung in England. Die Jahres-Ausstellung von den Genossenschaften hergestellten Waren wurde letzten Mittwoch im Crystalpalast, London, eröffnet. Der bekannte Bergarbeiter-Vertreter Mr. Fenwick hielt die Eröffnungsrede, in der er sagte, daß die freiwillige Kooperation die beste Form des Sozialismus sei. Der britische Charakter sei der Gewalt abgeneigt. England werde durch friedliche Evolution zum Ziele des kollektiven Sozialismus kommen. Ebenso sei die Genossenschaft ein Schritt vorwärts zu diesem Ziele.

Fenwick kann bekanntlich seinen Sozialismus mit dem Nieder-schlagen der Achtstundentag wohl vereinigen.

Versammlungen.

Kreis-Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis

Nieder-Barnim. am Sonntag, den 24. August, im Lokale der Witwe Thomas zu Reinickendorf-West. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Kreis-Vertrauensmann Freiwaldt-Panlow in warmen Worten des im Nieder-Barnimer Kreise besonders thätig gewiesenen Genossen Mezger, dem zu Ehren sich die Anwesenden von ihren Sigen erhoben. Darauf wurden ins Bureau gewählt: Freiwaldt-Panlow, Hauschildt, Weisensee und Delling. Ammelsburg. Laut Bericht der Mandats-Beisetzungs-Kommission nahmen an den Beratungen 96 Personen teil und zwar waren delegiert aus:

Oranienburg 2, Reutenhagen 2, Ammelsburg 5, Reinickendorf 4, Panlow 4, Baidmannslust 4, Weisensee 6, Lichtenberg 6, Friedrichshagen 3, Stralau 3, Friedrichsfelde 2, Ober-Schönweide 2, Bernau 2, Ferner 1. Außerdem waren anwesend 12 Bezirks-Vertrauensleute, 2 Revisoren, 2 Wahlkommissions-Mitglieder, 1 Mitglied der Agitationskommission, der Obmann der Lokalkommission, der Kreisvertrauensmann und der Abgeordnete des Kreises, Genosse Stadthagen.

Dieser hielt das Referat über die bevorstehenden Reichstags-wahlen. Er wies vor allem auf die große Bedeutung der kommenden Wahlkampfes hin, der ganz unter der Devise „Gegen den Brotwucher“ ausgefochten werden müsse. Zum Schluß seiner wirkungsvollen Ausführungen ermahnte er die Genossen, beizugehen in die Wahlkämpfe einzutreten, weil auch die Gegner kein Mittel unversucht lassen werden, uns den Kreis wieder zu entreißen. Besonders mühten die Genossen es sich anzulegen sein lassen, den kommenden Herbst und Winter zu einer intensiven Landagitation auszunutzen, damit die Socialdemokratie diesmal nicht nur den Sieg erringe, sondern auch einen namhaften Stimmenzuwachs zu verzeichnen habe. — Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurde Stadthagen einstimmig wieder als Reichstags-Kandidat für den Kreis aufgestellt.

Ueber die **Brandenburger Provinzialkonferenz** sprach Taubmann-Weisensee. Redner geht unter anderem kurz auf den Stand der Provinzialpresse ein. Ferner bedauert er das unerquickliche Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei an mehreren Orten und unterzieht den Antrag der Genossen zu Frankfurt a. O. der die Abhaltung von selbständigen Regierungsbetriebs-Konferenzen bezweckt, einer abfälligen Kritik. An seine Ausführungen schließt sich eine lebhaft, umfangreiche Diskussion. Holzgärtner-Friedrichshagen wünscht eine Vernehmung und bessere Ausgestaltung der Provinzialpresse. In Anbetracht des großen agitatorischen Wertes der Presse dürfe man mit Geldmitteln nicht haushieren, sondern man solle dahin streben, daß möglichst allen Bezirken der Provinz eine Parteizeitung zugänglich gemacht werde. Doch dürfe diese Presse nicht immer so einseitig gehalten sein, was auch für den „Vorwärts“ gelte. Schumann-Weisensee und Girbig-Stralau sind ersucht darüber, daß es noch Gewerkschaften gäbe, die der Partei entgegenarbeiten. Grauer-Lichtenberg führt dieses Verhältnis auf die Indolenz der betreffenden Gewerkschaftsführer zurück, polemisiert dann gegen die Auffassung Holzgärtners betreffs der Presse und wendet sich gegen die von Frankfurt beantragten Bezirkskonferenzen, weil sie aus dem Bestreben entspringen, sich der Mitwirkung der Agitationskommission zu entziehen. Binzler-Friedrichsfelde ist der Ansicht, die Agitationskommission hätte mehr thun müssen, um die Gewerkschaften der verschiedenen Orte von ihrem parteischädigenden Standpunkte abzubringen. Hierauf führt Stadthagen aus: Es sei endlich einmal an der Zeit, offen auszusprechen, daß es sich sowohl bei den Differenzen mit den Gewerkschaften, als auch mit denen der Frankfurter Genossen lediglich um Quartierweiser einzelner Personen handelte, die Masse ließe solchen Dingen gänzlich fern. Unter den Gewerkschaftsführern gebe es Leute, die irgend welche revisionistischen Redensarten falsch verstanden hätten und deshalb künstlich einen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei zu konstruieren suchten. Redner warnt dann vor unvorsichtigen Zeitungsgründungen und sonstigen gewagten Experimenten. Die häßliche Citronenwirtschaft habe sich wohl am dralichsten bei der Auffstellung des Reichstags-Kandidaten gezeigt. Mit dieser Wirtschaft müsse die Provinzialkonferenz energisch aufräumen.

Girbig-Bernau meint, auch in Bernau gäbe es Leute, die wenn sie in Berlin arbeiten, sich als große Parteigenossen gerieren, die aber, sobald sie in Bernau seien, mehr gegen als für die Partei agitieren. Im übrigen wünscht er, die Delegierten möchten auf der Konferenz dahin wirken, daß der „Vorwärts“ in dem benachbarten Bernau vom Spediteur auch für 1,10 M. pro Monat geliefert werde, und derselbe nicht, wie jetzt, den Genossen 1,24 M. abnehmen könne.

Nach einigen Schlussbemerkungen Taubmanns wurde zur Wahl der Delegierten geschritten. Gewählt wurden: Binzler-Friedrichsfelde, Freiwaldt-Panlow und Kramm-Friedrichshagen. Anträge zur Provinzialkonferenz stellte die Versammlung nicht.

Hierauf behandelte Stadthagen in einem zweiten Referat die Tagesordnung des Münchener Parteitag. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, ebenfalls verzichtete die Konferenz auf die Stellung selbständiger Anträge. Zu Parteitag-Delegierten wurden gewählt: Freiwaldt-Panlow und Grauer-Lichtenberg, als Ersatzmann: Taubmann-Weisensee.

Eine kleine Debatte entspann sich noch beim Punkte „Lokalfrage“, über den Riede-Friedrichsfelde berichtete. Schließlich wurden der Lokalkommission folgende Anträge zur Verabsichtigung überwiesen:

1. Am Kopf der Lokalliste ist fortzulassen: „Alle Lokale, die keinen Saal haben, sind frei.“
2. Zweck Vereinfachung und größerer Uebereinstimmlichkeit ist folgende Aenderung in der Lokalliste vorzunehmen: „Die freien Lokale sind nicht mehr namentlich aufzuführen, sondern so wie in den Nachbarkreisen Teltow-Deetow, Niederbarnim, Potsdam-Ostbavelland. Stehen nur wenige Lokale der Partei nicht zur Verfügung, so ist zu setzen: „Sämtliche Lokale frei, außer N. N.“

Den Antrag 1 hielt die Konferenz deshalb für zweckmäßig, weil der betreffende Passus in den ländlichen Bezirken zu Unbehilgkeiten geführt habe. Ein Antrag Delling-Hummelsburg, von der Lokalkommission die Freigabe der „Bühnenharmonie“ zu fordern, wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Die **Lohnbewegung der Vaukempner.** Eine sehr zahlreich besuchte Kämpferversammlung, an der auch Vertreter der Arbeitgeber teilnahmen, tagte am Sonntag in Kellers großem Saal. Zunächst berichtete Wetzel, der Vorsitzende des Gesellenauschusses, über die Verhandlungen mit dem Vorstand der Innung. Dieser hat sehr wenig Entgegenkommen gezeigt und beabsichtigt, wie der Redner meint, die Sache zu verschleppen. Mit Abschaffung der Accordarbeit sind die Meister nicht einverstanden; das Einzige was in dieser Hinsicht geschehen könne, wäre die Aufstellung eines einseitigen Tarifs. Die Festlegung eines Minimallohnes sei ihrerseits, so erklärte sie, auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, dazu gäbe es zu viel minderwertige Arbeitskräfte. Im allgemeinen meinte der Vorstand, müsse der Innung mehr Zeit gelassen werden, um eine endgültige Entscheidung zu treffen. — Hieran anschließend kritisierte Cohen das Verhalten des Innungsvorstandes und wies auf einen Artikel der „Berliner Kämpfer-Zeitung“ hin, worin den Führern der Gehilfen vorgeworfen wurde, sie wollten keine Tarifabmachungen und hätten ein Interesse an der Uneinigkeit im Gewerbe. Jetzt zeige es sich deutlich, führte der Redner aus, daß die Meister keinen Tarif wollen und daß jener Artikel ihres Organs nur darauf berechnet sei, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu bringen.

Der **Obermeister Berger** von der Kämpfer-Innung nahm dann das Wort und verwarf sich gegen den Vorwurf der Verschleppung. Der Zeitraum für die Entscheidung sei zu kurz, es müsse erst eine allgemeine Versammlung der Meister innerhalb und außerhalb der Innung einberufen werden. Festlegung eines Minimallohnes sei gar nicht möglich. Abschaffung der Accordarbeit sei auch nicht durchführbar. Wo bleibe denn da die Kalkulation der Arbeit, wenn die Accordarbeit abgeschafft werde! Von allen Forderungen möchte der Obermeister nur die Durchführung der gesetzlichen Säumnisstrafen annehmen; den Erlaß des Polizeipräsidenten, wodurch die Verordnung von 1897 aufgehoben wurde, erklärte er für sehr rätselhaft. Die Verantwortung für den Artikel der „Berliner Kämpfer-Zeitung“ lehnte er ab, die Innung hätte keinen Einfluß auf das Blatt. Im übrigen warnte der Redner die Gehilfen vor einer Katastrophe. — Cohen wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß jetzt trotz der Accordarbeit einzelne Meister nicht zu kalkulierem verstanden, daß z. B. eine Firma eine Arbeit für die Hälfte, und weniger als die Hälfte des Preises übernommen hat, den andre dafür verlangten. Solcher Schmutzkonzurrenz könne gerade durch Festlegung eines Minimallohnes entgegen gewirkt werden. Doch Kalkulation der Lohnarbeit möglich ist, bewiese der Umstand, daß die Accordarbeit in Domburg im Kämpfergewerbe bereits seit 1900 abgeschafft ist. Nach einer weiteren Diskussion wurde einstimmig beschlossen, am Montag früh in allen Werkstätten die Forderungen einzureichen und bis spätestens Mittwochsabend

Beiseid zu verlangen. Der Agitationskommission wurden die Funktionen einer Lohnkommission übertragen. Am Mittwochsabend soll wieder eine Versammlung bei Kessler in der Köpenickerstraße stattfinden. Alle Bewilligungen und Ereignisse, die auf die Lohnbewegung Bezug haben, sollen im Bureau gemeldet werden.

Die **Mitgliedschaft Berlin des Deutschen Hakenarbeiter-Verbandes** hielt am 20. August bei H. Fortaner, Tegelerstr. 55/56, ihre ordentliche Generalversammlung ab. Als Delegierter zur Gewerkschaftskommission wurde Joho einstimmig wiedergewählt. In den Vorstand wurden gewählt: Bielow, erster Vorsitzender; Poppe, zweiter Vorsitzender; Beyerhoff, erster Kassierer; Fortaner, zweiter Kassierer; Joho, erster Schriftführer; Prang, zweiter Schriftführer; Revisoren: Heubach, Pries, Ellenfeld.

Der **socialdemokratische Wahlverein Charlottenburg** hielt am 21. d. M. seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Bevor in die Verhandlungen eingetreten wurde, ehrte dieselbe das Hinscheiden eines vorzeitigen Theodor Meyner durch Erheben von den Sigen. Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil hielt hierauf einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Liebesgabenpolitik. Den Bericht über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins erstatteten Bunge und Förster, letzterer bedauert, daß die Preßkommission in derselben unvertreten blieb. Bagel regt an, die Generalversammlung des Central-Wahlvereins für die Folge erst nach Bekanntwerden der Parteitag-Tagesordnung abzuhalten, damit den Ortsvereinen die Möglichkeit gelassen wird, dieselbe zu besprechen und ihre Delegierten eventuell dahingehend zu beauftragen. Eberhard hält dem entgegen, daß die Vorträge zur Provinzialkonferenz bis zum 18. d. Mts. eingereicht werden müßten, und democh die Generalversammlung nicht später abgehalten werden konnte.

Ueber den Antrag des Genossen v. Opyel ging die Versammlung nach Verlesung desselben zur Tagesordnung über, da auch die Generalversammlung des Centralvereins denselben ablehnte.

Unter Verrindangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand dem Antrag Förster, welcher den Ausschluß des Mitgliedes Wilhelm Sabor aus dem Wahlverein fordert, einstimmig stattgegeben hat, welchem Beschluß die Versammlung gegen zwei Stimmen beirat. Zum Schluß ließen sich 13 Genossen aufnehmen.

Stralau. Am 17. August hielt der socialdemokratische Wahlverein für den Bezirk Stralau seine Generalversammlung ab. Der Massenbericht ergab eine Einnahme von 165,97 M. und eine Ausgabe von 70,56 M.

Verichtigung. In dem Bericht der Versammlung des 5. Kreises ist irrtümlich mitgeteilt, daß meine Anregungen betreffs der Klärfest durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt worden wären. Dies ist nicht der Fall, fast alle Redner waren mit mir einverstanden und hat eine Abstimmung über den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, nicht stattgefunden. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion hatte die Zustimmung, die zweifellos zu Gunsten meiner Anregungen ausgefallen wäre, verhindert. Einen bestimmten Antrag hatte ich überhaupt nicht gestellt. Otto Weiss.

Verichtigung. Der Bericht über die Generalversammlung der sechsten Wahlkreises ist insofern ungenau, als er gerade denjenigen Teil meiner Ausführungen, auf den es hauptsächlich ankommt und der für jeden die Berechtigung zur Opposition erkennen läßt, weggelassen hat.

Ich habe mich dagegen gewandt, daß die Bezirksführer gezwungen sein sollen, für die Beschlüsse der Bezirksführer-Konferenz auch dann einzutreten, wenn sie in den Konferenzen gegen die Beschlüsse gestimmt haben. Dieses Eintreten heißt, daß sie in der Generalversammlung gegen ihre eigene Ueberzeugung stimmen müssen, wenn sie sich nicht eines sogenannten Dilemma schuldig machen wollen. Da im Statut des Wahlvereins kein Wort von einem solchen Zwange steht, so habe ich dieses Verfahren als statutenwidrig bezeichnet. Ich bin also für die Verfügungsfreiheit der Bezirksführer in den Generalversammlungen eingetreten.

Ferner habe ich ausgeführt, daß, wenn dieses System so gehandhabt wird, es immerfort zu Reibereien führen muß, die im Interesse des Friedens vermieden werden sollten. D. Vorgmann.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Rede Wilhelm II.

Berlin, 25. August. (W. T. V.) Der Kaiser hielt bei einem Diner an die Vertreter der Prov. Brandenburg folgende Ansprache: „Ich freue mich, die Märker wieder um mich versammelt zu sehen, denn ich habe das Gefühl, daß alles, was das Land geworden, und was das Reich geworden, schließlich beruht auf einer festen Säule und diese Säule ist die Mark. So wünsche ich dem von ganzem Herzen, daß es meinen Hause auch fernherhin beizubehalten sei, treue, zuverlässige, gehorsame und pflichttreue Unterthanen zu haben, wie die Märker es von jeher den Hohenzollern gewesen sind.“

Zur Fleischnot in Posen.

Berlin, 25. August. (W. T. V.) Ueber das Ergebnis der Besprechung, welche heute bei dem Landwirtschafts-Minister mit Vertretern der Posener Stadtbehörden, dem Vorsitzenden der dortigen Landwirtschaftskammer und dem Vorsitzenden der Centrale für Viehverwertung stattgefunden hat, wird uns mitgeteilt, daß der Landwirtschafts-Minister erklärte, die Cessung der Grenze aus veterinärpolizeilichen Gründen nicht fongedieren zu können, daß die Centrale für Viehverwertung es aber übernommen hat, dafür zu sorgen, daß während der bevorstehenden Rechenanhäufung in Posen eine reichliche Zufuhr von Schlachtvieh, namentlich von Schweinen, dorthin statifunde.

Katholikentag in Mannheim.

Mannheim, 25. August. (W. T. V.) Auf Antrag des Justizrats Dr. Porck-Breslau wurde eine längere Erklärung bezüglich der Wiederaufrichtung der Selbstherrschaft des Papsttums angenommen. Am Schluß dieser Erklärung heißt es: Die Generalversammlung erkennt in der Stellung und Aufgabe des Papsttums einen besonders wichtigen Faktor zur Sicherung des Friedens unter den christlichen Völkern und hält den heiligen Stuhl in erster Linie für geeignet, als Schlichter bei den Interessenstreiten der Völker und Staaten zu wirken, wie er es im Laufe der Weltgeschichte so oft erfolgreich gethan hat. Auf Antrag des Grafen zu Droste-Bispingen wurde beschlossen: Die Generalversammlung fordert alle Katholiken Deutschlands auf, sich dem Pilgerzuge nach Rom anzuschließen, der im Frühjahr 1903 veranstaltet werden soll.

Auf Antrag des Abgeordneten Coblenz wurde folgende Resolution beschlossen: Die Generalversammlung wagt angeführt der zunehmenden Auswanderung nach überseeischen Ländern dringend vor unbedachter Auswanderung und ersucht diejenigen Wandersgenossen, welche durch ihre Vaterland verlassen wollen, vorher den Rat und die Hilfe des Saakl-Rafael-Vereins in Anspruch zu nehmen.

Sodann gedachte Erzbischof Rörber in längerer Rede des Regierungsjubiläums des Papstes. Auf socialen Gebiete könne es nicht besser werden, ehe nicht die socialen Einrichtungen von wahren Christentum durchweht seien.

Vergabstürze.

Der bekannte Bergführer Franz Wenter ist bei einer Tour im Trepowlamin abgestürzt und erlitt schwere Verletzungen.

Der Professor Czerny aus Wien ist mit seiner Frau von der Reiter-Im-Schar abgestürzt. Czerny wurde schwer verletzt von Touristen aufgefunden, dagegen gelang es bis jetzt noch nicht, Frau Czerny aufzufinden.

Bading in Berlin.

Hierzu 1 Veloc u. Unterhaltungsblatt.

Theodor Meyners Leichenbegängnis.

Nicht wie sonst in diesem Sommer hatte der Himmel am Sonntag ein verdrießlich Gesicht gemacht; aus mildem Dunstschleier heraus lächelte vielmehr die Sonne über Berlin hernieder und vertrieb den Parteilosen, die ihrem wackeren Veteranen die letzte Ehre erweisen wollten, einen guten Ausgang ihres Vorhabens.

In städtischen Scharen kamen denn auch gegen die zweite Nachmittagsstunde unsere Leute aus allen Stadtteilen heran und stellten sich so geordnet wie der starke Verkehr es zuließ, in der Gegend des Trauerhauses auf.

Bis zur Oberbaumbrücke hin standen die Parteilosen des vierten Reichstags-Wahlkreises, als nächste Nachbarstadt sozusagen, deren Wohl und Wehe dem alten Regner besonders am Herzen gelegen hatte. Voran das Parteibanner, wie die andern Fahnen auch mit Flor umhüllt. In dessen Nähe das reichgestickte Wahrzeichen des Schuhmachergewerks und noch eine einfache Fahne in den Farben schwarz-rot-gold. Sie war 1848 zur Revolutionszeit vom Gewerkschaftsamt angefertigt worden und fand beim Leichenbegängnis die richtige Verwendung. Ebenfalls hatte der Leje- und Diskutierklub Südost seine Fahne in den Zug eingereiht; von andern Feldzeichen, wie man wohl sagen darf, bemerkten wir das Banner des Vereins der Handels- und Transportarbeiter.

Hinten auf dem Hofe des Hauses Stallh. 59 hatte sich inzwischen der Gesangverein Südost aufgestellt, um den schmucklosen Holzjarg mit einem Trauerlied zu empfangen.

Um Viertel nach zwei Uhr setzte sich der Leichenzug in Bewegung. Gleich hinter dem Wagen gingen der Parteivorstand, die Vertrauensleute der Partei, die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die Stadträte Nalisch und Wagner, die liberalen Stadtverordneten Cassel, Rosenow, Gerte und Dr. Glagel, sämtlich mit der goldenen Amtskette geschmückt, die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“, parteigenössische Reichstags-Abgeordnete, sowie Delegierte aus dem Reichstags-Wahlkreise S. 7. v. e. b. u. s.

Sodann folgten in Wagen die Familienmitglieder des Toten und nähere Freunde von ihm und hierauf marschierten im langen, langen Zuge, die Mitglieder der Wahlvereine Berlins und der Vororte, denen sich die gewerkschaftlich organisierten Parteilosen angeschlossen hatten. Im Gegensatz zu den bei Liednachts Leichenbegängnis getroffenen Anordnungen hatte die Behörde diesmal gestattet, daß Kränze mit roten Schleifen im Zuge getragen werden durften, doch mußten die Schleifen mit Flor umhüllt sein. Auch sonst verdient anerkannt zu werden, daß die Polizeibeamten, unterstützt von den parteigenössischen Ordnen, mit Kalt und Geduld alles thaten, um dem Trauerzuge bei dem starken Straßenbahnbetriebe freie Bahn zu schaffen. In die 2 1/2 Stunden dauerte es, bis auf dem Wege durch die Borsigallee, Petersburger-, Eilbinger- und Langgerstraße der Friedhof in der Wappelallee erreicht war. Hatte sich schon im Südosten ein stattliches Spalier gebildet, so standen in den Straßen der Schönhauser Proletariatsvorstadt die Massen in dichten Reihen, um ehrfürchtig den Toten zu begrüßen.

Nur eine kleine Zahl der Leidtragenden konnte bei der Leichenseier auf dem Friedhofe zugegen sein. „Ein Sohn des Volkes wolle er sein und bleiben.“ Mit diesem einem jeden von uns aus Herz gewachsenen Liebes begrüßte der Gesangverein Norddeutsche Schleife den Sarg und mit denselben Worten leitete Parteigenosse Waldemar Manasse die Trauerrede ein.

„Nicht nur die Familie, so sagte der Redner weiter, wir alle haben ihn verloren, und viel ist mit ihm dahingegangen. Niemand hat erwartet, daß unser Theodor so schnell von uns scheiden werde, er, der bis zum letzten Tage ein Muster jugendfrischen Wirkens war. Und doch wird dieser Tod, der uns wie ein Blüß aus heiterem Himmel kam, unsern wackeren Mitkämpfer willkommen gewesen sein. Oft sagte er, daß er zu sterben wünsche wie Liednachts gestorben ist und dieser Wunsch ist ihm in Erfüllung gegangen.“

So ging er nach seinem Willen von uns, nicht im Leben schon ein fleckiger Mann, sondern gleich der Sonne, die am Himmel herniedersinkt und durch ihr Abendrot noch die Welt mit schönem Schein verklärt, ein Lebenswerk hinterlassend, das uns noch lange in lieber Erinnerung bleiben wird.

Wenn einer der Großen dieser Erde pomphaft zu Grabe getragen wird, so zieht kalte, gefühllose Schaulust die Menge auf die Straße. Anders bei dem Tode, der aus dem Volke hervorgegangen und dessen Leben ein Kampf für die idealen Güter seiner Leidensgefährten gewesen ist. Ihn giebt das Volk mit vollem Herzen das letzte Geleit und ehrt dankbar in ihm den Kämpfer für die Befreiung aus Schmach und Not.

Unser ioter Freund hat gleich seiner Gattin nie das herrliche Wort Mitter ansprechen dürfen; ein Findling, wurde er im Waisenhaus erzogen. Durch langed Weh und schmerzreiche Kämpfe hat sein Weg hindurchgeführt, und doch war eine sonnige Lebenslust ihm eigen, und doch hat er, selbst wenn er einmal grüßte, als wahrer Edelmann gern auch dem Gegner Achtung und Anerkennung gezollt. Selten verstand einer wie Meyner, zwischen Theorie und Praxis die Brücke zu schlagen und die Lehren unsrer großen Denker dem Volk ins Herz zu pflanzen.

Daß unser teurer Freund mit selbstloser Begeisterung dem Ideen nachlebte, die er als richtig anerkannte, weiß am besten die Freireligiöse Gemeinde, der er lange Jahre ein eifriges Mitglied war; alle die Reuer und Ehren, die ihm vom Volke zu teil wurden, hat er nicht als Ziele eillen Ehrgeizes aufgefacht, sondern in waderer Pflichterfüllung so verwaltet, daß er zu jeder Stunde und ohne Groll sie in die Hände seiner Mandatgeber zurückgegeben hätte, wenn solches von ihm verlangt worden wäre.

So trifft auch auf unsren Toten das Dichtervort zu: „Er war ein Mann, nehm' alles nur in allem.“ Und aber ziemt es, sein Wirken dadurch zu ehren, daß wir uns der Familie annehmen und im Sinne unsres Freundes weiter kämpfen. Kein besseres Gelübnis können wir uns hier am Grabe geben, als seinen Weg zu wandeln, trachte jeder wie er, ein Sohn des Volkes zu sein und zu bleiben!“

Der Sarg wurde hierauf zu Grabe getragen und ein stimmungsvoller Gesang beschloß die Feier. Es ist uns unmöglich, alle die parteigenössischen und gewerkschaftlichen Organisationen, wie von persönlichen Fremden jetzt am Grabe niedergelegt wurden. Der Parteivorstand, die Parteicontroleure, die Vertreter der Wahlvereine und Wahlkreise Berlins und der Umgebung, Abgeordnete aus dem Kreise Schwiebus, Delegierte der verschiedensten Fabriken, die Gewerkschaften wohl ohne Ausnahme, sie alle häuften Kranz auf Kranz als letztes Zeichen der Liebe und des Vertrauens, das Theodor Meyner überall genossen.

Keine der vielen Widmungen auf den Kranzschleifen saht wohl schöner Meyners Wirken in Worte zusammen als die ihm von der Freireligiösen Gemeinde ins Grab mitgegebene Strophe:

Die Freiheit, sie war Dir kein leerer Schein,
Der leuchtend-reinen Wahrheit galt Dein Streben,
Freiheit und Wahrheit sollten im Verein
Nach Deinem Sinn ins rechte Adel geben,
Nicht nur der Körper sollte sich allein
Aus Schmach und Not und Kettendruck erheben,
Daß frei der Geist, der Glaube sonder Zwang,
Das war das Ziel, worauf Dein Wirken drang!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Kranzschleifen, welche von den Parteilosen zu Meyners Leichenseier gesendet wurden, sind in geschmackvollem Arrangement von heute ab acht Tage lang im Lokal der Witwe Meyner, Stallh. 59, öffentlich ausgestellt.

Erster Wahlkreis. Da uns Herr Thieme, Inhaber der „Aurhallen“ am Bahnhof Bellevue, den Saal verleiht hat, findet die Versammlung am Donnerstag, den 28. d. M., in Cobus Festsaal, Dentsstr. 20, statt. Reichstags-Abgeordneter Fritz Kuntz spricht über: „Die Notwendigkeit der Beseitigung unsres gesamten Schulwesens, eine sozialdemokratische Programmforderung“.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Wobau). Infolge plötzlichen Abganges des Referenten kann die für heute abend geplante Versammlung nicht stattfinden. Dieselbe findet nunmehr am Donnerstag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminius-Hallen, Drenckstr. 72/73, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Jubel über: „Die Technik der preussischen Landtagswahlen“. 2. Diskussion. Um rege Beteiligung ersucht der Vorstand.

Über-Schöneweide. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Ansholt eine Versammlung des Wahlvereins statt.

Lokales.

Die Inzeratenbühne.

Es ist erreicht. Die Reklame, die bisher nur bescheiden den Vorkang zierle, hat lähn den befreunden Schritt gewagt und sich die weitbedeutenden Breiter selbst erobert. Das Metropol-Theater war es, wo die bahnbrechende That sich am Sonnabend vollzog. Wenn bisher der Berliner nebst Gattin aus dem Morgenschlummer erwachte, nach dem Leib- und Magenblatt griff und statt der erhofften Morde und Sittlichkeitsverbrechen nichts als Inzerate zum Kasse vorgelegt erhielt, war er im gewissen Sinne enttäuscht. Inzerate, schwarz auf weiß, aus Wind und schänder Druderschwarze fabriziert, das mußte jeden, der nicht zufällig einen Hut, eine Stellung oder eine Lebensgefährtin brauchte, zum Sterben amüßern. Und nicht minder langweilig war es, wenn das Auge im Theater verdammt war, eine Viertelstunde lang mausgefetzt den geschmacklosen Reklamevorhang anzustarren.

Das ist seit Sonnabend anders geworden. Selbstverständlich konnte der erste Schritt noch keinen unbestrittenen Sieg bringen, aber dieser Schritt ließ die kühnsten Erwartungen rege werden. „Berlin bleibt Berlin“ heißt der nichtsjagende Titel der Ausstattungsposse, mit der die neue Saison im Metropol-Theater eröffnet wurde. „Jandorf bleibt Jandorf“ wäre stimmungsvoller und programmatisch klarer gewesen. Zur ersten und zweiten Wille kam wie früher der altgewohnte Trudel mit Thomas, Vender, Frid-Feid und Hummel an der Fete. Nur daß Vender sich hatte schwarz anmalen und als radsahrender Regler ein mit englischen Broden vermengtes Deutsch parlieren müssen. Einige Damen, darunter Frau Junker-Schay vom verwandten Thalia-Theater debutierten mit überwältigendem Erfolg. Dann wurden der Sportparku Friedenau und das jedem liebedürftigen Jüngling am Herzen liegende Lokal von Schramm mit dem Wilmersdorfer Archimim im Hintergrunde überaus verführerisch auf der Bühne vorgeführt. Das war der erste, noch schädiere Anfang der Bühnereklame. Die eigentlich revolutionäre That jedoch kam im Schlusshilde und wurde durch das nie verjagende Ballet zu glänzender Wirkung gebracht.

Wier Ballettens schweben heran, phantastisch als Konfessionsdamen in Rot anstarrt. Sie haben das Köpfchen in die Höhe und unter jedem der vier Hüte leuchtet der Name Jandorf hervor. Das Kleblatt macht seine Päs nach rückwärts, von einem Sciopitkon aufs neue mit dem Namen der Welfirma bestrahlt. Jetzt tänzeln die Damen dicht vor die Ranpe, haben das oberste Köpfchen in die Höhe, und auf den Unterleibern glänzt abermals in besonders wirkungsvoller Schrift der Name Jandorf. Neue Abwechslungen in derselben Couleur bieten dann das zweite, dritte Unterröckchen, bis endlich auf den am Schlus wirkungsvoll zur Schau gestellten drallen Schenkeln der vier Damen die Initialen A. J. sichtbar werden.

Mit gleicher Geschicklichkeit wurde für Adam, Markweitz und eine Anzahl anderer Geschäftshäuser Reklame gemacht.

Das prägt sich ins Gedächtnis des Publikums ein, ist schmackhafter als die Zeitungsdreklame und kommt am Ende p-richtig einmal tenrer.

Einige allfränkische Bedanten zählten ob der Reuerung. Die Opposition wurde von der selbstlos am Gedeihen der Berliner Industrie interessierten Masse der Besucher in Grund und Boden applaudiert.

Der im Metropol-Theater so sühnreich in die That umgesetzte Gedanke ist nach diesem ersten, bedeutungsvollen Siege selbstverständlich weiter anzuspinnen. Anverkäufe, neu eingeführte Waren können gar nicht großartiger als durchs Ballett bekannt gegeben werden. Schaufensterdekorate und Inzeratenagent schwingen sich in die Aetherhöhen poetischen Schaffens empor, sühnen den Dichter, wenn die Kraft seiner Leiden versagt und öffnen ihm im hohen Gedankenflug neue, ungeahnte Welten. Kein Dramenschreiber braucht mehr zu hungern, denn das Ansehen, das Interesse der Firma erheischt eine anständige Honorierung. Aber auch der Theaterdirektor kann sich fortan einem sorgenfreien Leben hingeben, denn wenn die Kosten der Ausstattung doppelt und dreifach von den ersten Geschäftslimen getragen werden, fällt der wesentlichste Teil des Risikos fort. Auch ist jedem Dichtervort der neuen Gattung von vornherein der Erfolg gesichert, denn erstens wird das Premierpublikum fortan fast ausschließlich aus den kontraktlich zum Applaus verpflichteten Angestellten der interessierten Geschäftshäuser bestehen und zweitens wird die Kritik sich hüten, die hervorragenden Zeitungsinzeraten geschäftlich zu schädigen.

Allerdings besteht die Möglichkeit, daß unsre großen Warenhäuser die Theater aufkaufen, sie tagsüber als Verkaufsräume benutzen und abends „Hamlet“ und „Lohengrin“ vieleicht gar in Stattdarstellungen dergestalt aufzuführen, daß der Meierpreis des Garderobenstoffes den Kostälmen in großen Lettern angeheft ist.

Aber diese Gefahr geht einzig die Theaterdirektoren an, die heute schon Geschäftskente genug sind, um sich auch in veränderten Produktionsbedingungen zurecht zu finden.

Demerk sei, daß einige Blätter sorgenvoll an der Reuerung herummörgeln. Ohne Ursache, wie uns dünkt. Noch nie hat eine gut geleitete Firma das für Beklame ausgegebene Geld zu bereuen brauchen und auch fortan wird in der Geschäftswelt der Wert des Zeitungsinzerats nicht unterschätzt werden.

Der Roland-Brunnen auf dem Kemperplatz ist gestern in Gegenwart des Kaisers enthüllt worden. Die „Tägl. Rundschau“ bringt über dies Ereignis einige recht hübsche Mitteilungen. Nach dem genannten Blatte wandte sich der Minister des Innern Freiherr von Hammerstein zur Gruppe der Journalisten mit den Worten: „Ach, das ist wohl die hohe Presse — Sie sind wohl schon bei der Arbeit. Na, machen Sie mir recht hübsche Berichte.“

Der Minister mag offenbar an das Wort des Kaisers von den kommabierenden Generalen gedacht haben, denen jenseits der grauen Wasserwüste die Journalisten gleich sein sollen. Alle Zeitlichkeit des Ministers wird aber die braven deutschen Richter nicht abhalten, bei passender Gelegenheit auch wieder einmal einen liberalen, landbändlerischen oder antisemitischen Mann von der „hohen Presse“ bei Punsch und blauem Wein einige Monate einzusperren.

Weiter meldet die „Tägl. Rundschau“: „Der Kaiser betrachtete lange zuerst das Ganze und dann alle Einzelheiten. Lachend zeigte er mit dem Interims-Marschallstab auf launige Teile, zum Beispiel auf das alte Berliner Wappen, bei dem der heraldische Adler auf dem Wären sitzt, auf die Freischützengruppen und auf einzelne originale Wappen. Er spendete dem Künstler reiche Anerkennung und übergab ihm den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife. Dann rief Herr v. Lucanus den Oberbürgermeister Kirchner zum Kaiser, der dem Stadthaupt persönlich den Kronen-Orden zweiter Klasse überreichte. Der Oberbürgermeister dankte dem Kaiser für den Brunnen und der Monarch verweilte mit Herrn Kirchner vor dem Werke lange in angeregter Unterhaltung. Scherzend zeigte er auf das vergoldete Relief der beiden streitenden Frauen und meinte, es gebe wohl heute noch Personen, die es auch so machten. Bei der Betrachtung der Steinfigur bemerkte der Kaiser, daß leider von dem alten Berliner Roland keine Abbildung mehr vorhanden sei.“

So die „Tägl. Rundschau“. Den alten Berliner Roland soll bekanntlich Kurfürst Friedrich II. in die Spree gestürzt haben, als er 1442 die Selbständigkeit der Städte Berlin und Köln vernichtete. Zum Dank dafür haben die Berliner des 19. Jahrhunderts diesem Kurfürsten auf dem Rathaus ein Denkmal gesetzt.

Der italienische Besuch. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Aus Anlaß des Einzuges Sr. Majestät des Königs von Italien am 28. d. Mts. und der an diesem Tage um 10 Uhr vormittags im Zeughaufe stattfindenden Fahnen-Regelung und Weihe werden folgende Verkehrsbeschränkungen erforderlich: Etwa von 7 1/2 Uhr vormittags ab werden gesperrt: für jeglichen Verkehr Kaiser Wilhelm-Brücke, Lustgarten, Schloßbrücke, Schloßfreiheit, Fahrdämme der Plätze am Zeug- und Opernhause, Fahrdämme, Mittelpromenade und Reitweg der Straße Unter den Linden. Nach Bedarf die Bürgersteige der Plätze am Oper- und Zeughaufe und der Straße Unter den Linden, sowie die Liebergänge der Charlotten-, Friedrich- und Wilhelm- bzw. Neuen Wilhelmstraße. Später wird der Verkehr über den Potsdamer Platz, durch die Bellevuestraße, über den Kemperplatz, durch die Sieges-Allee, den östlich dieser gelegenen Teil der Charlottenburger Chaussee und über den Platz vor dem Brandenburger Thor zeitweise abgelenkt oder unterbrochen werden. — Unlässlich der am Abend stattfindenden Gala-Oper wird der Fahrverkehr aus der Südseite der Straße Unter den Linden und vom Denkmal Friedrichs des Großen bis zum Schlosse hin nach Bedarf abgelenkt oder gesperrt werden. Die Aufsichtsbeamten sind von mir angewiesen worden, dem Publikum auf den von der Sperrung nicht betroffenen Bürgersteigen die Teilnahme an den Einzugsfeierlichkeiten, soweit es die Verkehrsverhältnisse gestatten, zu ermöglichen; ich richte aber an die Einwohnerchaft die dringende Bitte, den im Interesse der Sicherheit des Verkehrs ergehenden Anforderungen der Aufsichtsbeamten willig Folge zu geben, insbesondere die Fahrdämme frei zu halten, sowie rechts zu gehen und rechts auszuweichen.

Es ist ja nicht daran zu zweifeln, daß trotz aller Absperrungen die liebe Reuglerde ihre Befriedigung sühnen wird.

Für das Schiller-Theater, das nun auch hutz vor seiner Wiedereröffnung steht, ist dieser Zeitpunkt von besonderer Bedeutung. Es tritt bekanntlich mit Beginn des nächsten Spieljahres in eine neue Phase der Entwicklung und wird damit eine wesentliche Erweiterung seines Wirkungskreises erfahren. Neben dem Schiller-Theater im Osten wird es nun ein zweites Schiller-Theater im Norden geben, das sich in den Räumen des bisherigen Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters etabliert hat. Diese Verdoppelung wird durch die Bezeichnungen: Schiller-Theater O (Wallner-Theater) und Schiller-Theater N (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) gekennzeichnet werden. Keuchlich getrennt, werden die beiden unter einer DIRECTION stehenden Bühnen in ihrem Betriebe aufs engste verbunden sein. Die Prinzipien, die bisher für die künstlerische Leitung und die Organisation des Schiller-Theaters im Osten bestimmend waren, werden es nun auch für das Schiller-Theater im Norden sein. In beiden Theatern werden die gleichen Glücke, von den gleichen Kräften dargestellt, zur Ausführung gelangen. Da in beiden Häusern täglich gespielt wird, mußte der Personalbestand verdoppelt werden, und die Besucher der beiden Schiller-Theater werden somit neben den Kräften des bisherigen Künstlerpersonals eine große Zahl von neu gewonnenen Darstellern kennen lernen. — Die Eintrittspreise sind für beide Theater dieselben, und auch der Abonnementmodus, der sich im Schiller-Theater O, in einer Reihe von acht Jahren so bewährt hat, wird in gleicher Weise im Schiller-Theater N, in Kraft treten. Abonnement-Kunden werden bis auf weiteres für beide Häuser in Schiller-Theater O (Wallner-Theater) entgegengenommen. Die Tageskasse im Schiller-Theater O (Wallner-Theater) wird zur Entgegennahme von Billet-Bestellungen für die ersten Vorstellungen vom Montag, den 25. d. M., an geöffnet sein, die Tageskasse im Schiller-Theater N (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) vom Donnerstag, den 28. d. M., an. In beiden Theatern sind die Rosenstunden von 10-2 Uhr vormittags. Die erste Vorstellung im Schiller-Theater O (Grüppiger's „Sappho“) findet Sonnabend, den 30. August, statt. Das Schiller-Theater N wird am Mittwoch, den 3. September, mit einem Werke Schillers, und zwar mit der „Draut von Messina“ eröffnet werden.

Der Verkehr der Hochbahnstationen. Der Verkehr auf der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn verläßt sich noch einer sorgfältigen Verkehrszählung, wie sie die Betriebsverwaltung vorgenommen hat, auf die einzelnen Haltestellen folgendermaßen: In Betracht gezogen ist lediglich der Verkehr, wie er sich im Durchschnitt an den Werktagen einer Woche abspielt. An der Spitze aller Haltestellen steht naturgemäß der Potsdamerplatz mit über 9000 abgegebenen Fahrkarten. Durchschnittlich langen dort 9044 zahlende Fahrgäste täglich an. An zweiter Stelle steht der Zoologische Garten mit fast ebensoviel Verkehr. Es werden dort 8548 Fahrkarten täglich im Durchschnitt abgegeben. Aber auch die Oststraße sieht nicht erheblich gegen den Verkehr im Westen zurück. Auf der Haltestelle Galleisches Thor werden täglich fast 7000 Karten abgegeben, genau im Durchschnitt 6756. An vierter Stelle kommt die Bülowstraße mit 5886 Karten. Anschließend ebensoviel haben Wittenberg-Platz mit

3261 Karten, Rollendruck mit 3247, Rollendruck Thor mit 3226 Karten. Stralauer Thor, das bei der Zählung noch Endstation war, hatte 2883 abgegebene Karten. Fast 2000 ankommender Fahrgäste zählten Schleifische Thor und Möderbrücke, über 2000 Oranienstraße. Die Benutzung der zweiten Klasse, die im allgemeinen den sechsten Teil des gesamten Verkehrs ausmacht, steigt auf einzelnen Haltestellen bis fast zu einem Drittel.

Unter dem Verdacht, den Mord bei Blößensee begangen zu haben, wird gegenwärtig im Potsdamer Gerichtsgefängnis der 30jährige Malergehilfe Lemmer aus Gumbinnen festgehalten. Am 17. August wurde er von dem Gendarm Regelin in Nowawes als Landstreicher verhaftet. Es stellte sich heraus, daß Lemmer an seiner Weste erhebliche Wulstspuren hatte, auch ein vollständig zertrümmertes Gesicht aufwies. Weides soll von einem Sturz von einer Treppe herrühren, doch glaubt man seinen Angaben nicht recht, weil Lemmer für den Vordstag, den 14. August, sein Alibi nicht nachweisen kann und es festgestellt wurde, daß derselbe, von Sonnenburg kommend, zu der fraglichen Zeit in der Umgebung von Blößensee gewesen ist. Lemmer, welcher in Nowawes umherbegabondierte, lebt von seiner Frau, die in Spandau wohnt, schon seit Jahren getrennt.

Chinafranz. Durch einen Schnitt in den Hals wurde die unverschämte Kartha Zronete, wie erst jetzt zur Anzeige gekommen ist, von einem Mann schwer verletzt. Das Mädchen, das unter polizeilicher Aufsicht steht, demütigt zu ihren Zusammenkünften eine Wohnung in der Mülackstraße. Hier traf sie in der Nacht zum 28. Juli mit einem Mann zusammen, der ihr plötzlich einen tiefen Schnitt mit einem Messer in den Hals beibrachte, ehe sie sich dessen verfas. Die Veranlassung dazu war ganz eigenartiger Natur. Die Z. sollte am 28. Juli in einer Gerichtsverhandlung als Zeugin auftreten, und der Zuhälter „Chinafranz“ — den Beinamen hat er wegen seiner Teilnahme am chinesischen Feldzug — hatte allen Grund, ihre Aussage zu fürchten. Die Kriminalpolizei vermutet nun, daß in Zuhälterkreisen das Erscheinen des Mädchens vor Gericht verhindert werden sollte und zu diesem Zweck das Attentat angezettelt wurde. Die Z., die sofort eine Unfallstation aufsuchen mußte, nahm trotz der Verwundung den Termin wahr und mußte dann in einem Krankenhaus Aufnahme finden. Die Anzeige unterließ zunächst auf Verreiben der Witin, die ihre Wohnung zu den Zusammenkünften hergab, ist aber jetzt erfolgt. Die Verletzte will den Täter, dessen Beschreibung sie gegeben hat, sofort wieder erkennen.

Eitelkeitsverbrechen. Eine kaum glaubliche Dreistigkeit bewies am Sonntag ein Lüftling in dem von Ausflüglern stark besuchten Vorort Schönholz. Der Bürsch, welcher sich schon mehrere Tage dafelbst herumgetrieben haben soll, hatte beim Restaurant „Gornista-Park“ ein kaum fünfjähriges Mädchen mit sich an sich gelockt und in die nahe gelagerte Heide verschleppt, wo er sich an dem Kinde vergewaltigen wollte. Sein Treiben war indes von Besuchern des Lokals beobachtet worden, welche ihn unbemerkt verfolgten und dingfest machten, so daß der Unhold nicht zur Ausführung seines abscheulichen Planes kam. Nachdem er eine Tracht Prügel vom empörten Publikum erhalten, wurde der Bürsch verhaftet. — Wegen Blutschande wurde gestern der 26 Jahre alte Arbeiter Friedrich Virkhahn aus Heiligensee verhaftet. Er hat bis vor zwei Jahren zu seinen drei Schwestern, von denen die älteste jetzt 17, die jüngste 14 Jahre alt ist, unerlaubte Beziehungen gehabt.

Selbstmord aus Eifersucht. Vor den Augen Hundert von Zuschauern machte gestern nachmittags in der Nähe des Restaurants Wilhelmshagen bei Ober-Schöneweide ein junges Mädchen den Versuch, sich in der Spree zu ertränken. Die 23jährige Arbeiterin Bertha Richter hatte mit ihrem Bräutigam, dessen Freund und der Schwester des letzteren einen Auszug unternommen. Wiederholentlich kam es hierbei zwischen ihr und ihrem Bräutigam, der sich angeblich zu sehr mit der Schwester seines Freundes beschäftigte, zu Eifersuchtszenen, in deren Verlauf das Mädchen mehrfach mit Selbstmord drohte. Als sich die vier jungen Leute am Spree-Ufer in der Nähe des genannten Restaurants befanden, lief die R. etwa 8 Meter weit in das Wasser hinein und warf sich, da ihr die Fluten auch hier nur bis zur Brust reichten, nieder. Ausgenugung gelang auch, die sich bestig gegen Verletzung Ertrinkende an das Ufer zu ziehen. Das Bad scheint auf das Liebespaar veröhnend gewirkt zu haben, denn es begab sich sofort nach dem Bahnhof Johannisthal.

Mit 2500 Mark entwandelter Gelder ist der 25 Jahre alte Comptorist Emil Kaufmann aus Eberfeld entflohen. Ausschneidend treibt er sich in Berlin umher. Er ist mittelgroß, trägt einen kleinen Schnurrbart, einen dunklen Anzug und gelbe Schuhe.

Verloren gegangen sind Sonnabendabend zwischen 11 und 12 Uhr in der Migenstraße die zwei Mitgliedbücher des Vereins der Möbelpolierer Nr. 219 und 329. Der Finder wird gebeten, die Bücher bei Naach, Brannenstr. 98, abzugeben. Etwaige Entlohnungen werden vergütet.

Orgelkonzert. Der Orgelchor in der Marienkirche am Mittwoch, den 27. August, mittags 12 Uhr, wird ausgeführt von Herrn Musikdirektor Diemel, Fräulein Margarete Heinrich, Fräulein Margarete Deming, Fräulein Lucie Leffschäfer, Herr Fritz Große, Gebell, und Herrn Schwickelmann. Bach, Händel, Mendelssohn, Beethoven, Rheinberger, Diemel u. a. sind auf dem reichhaltigen Programm vertreten. Der Eintritt ist frei.

Der Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte (G. B.) beschäftigt am Sonntag, den 31. August, mittags 12 Uhr, unter Führung von Herrn Dr. Zache die „Geologische Wand“ im Hundsdorferpark. An Ort und Stelle findet ein Vortrag statt; von 2-5 Uhr nachmittags wird mit dem Refraktor auf der Treptow-Sternwarte die Sonne beobachtet, welche jetzt als kleine Scheibe zu sehen ist. Anmeldungen zum Verein nimmt das Bureau der Treptow-Sternwarte entgegen.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr mehrere kleine Brände abzuschließen. Sonntagnachmittag 1 Uhr wurde die nach der Kommandantenstraße 68 gerufen. Hier war in einer Parquise ein kleines Feuer entstanden, das in der Hauptstube nur Gerümpel zerstörte. Kleidungsstücke und Möbel gingen kurz darauf in der Flensburgerstraße 53 in einer Schlafstube in Flammen auf. Abends 9 Uhr hatte die Wehr in der Steinmüllerstraße 39 einen Brand abzuschließen, der den Fußboden und die Kellertreue ergriffen hatte. Kurz vorher hatten Plan-Ufer 25 Garbinen, Fenster etc. in einer Wohnung Feuer gefangen, dessen Abkühlung indes bald erfolgen konnte. Niedergedrückter Rauch war der Grund einer Alarmierung, die gegen 7 Uhr nach der Alten Jakobstr. 61 erfolgte. Ein Küchenbrand mußte in der Nacht zum Sonntag in der Contardstr. 2 befristigt werden. Sonnabendabend gegen 10 Uhr waren in der Friedrichstr. 35 Regale, Kisten etc. in einem Laden in Brand geraten, doch gelang es der Wehr, die Flammen in kurzer Zeit zu ersticken. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Androssstr. 16 und der Oranienstr. 119 zu verzeichnen, die jedoch nur auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Der Raubmord in Potsdam. Wie aus Potsdam gemeldet wird, ist der Maler Otto Wagner aus Neuenhof bei Potsdam, der Vater des letzten Dienstmädchens der Justizrätin Jhmer, wegen dringenden Verdachts, den Mord an der Frau begangen zu haben, von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Bei seiner Festnahme machte Wagner einen Selbstmordversuch, verwundete sich jedoch nur leicht.

merkte auf dem Hofe des Grundstückes an einem Pfahl Blutspure, wie wenn jemand sich die blutbesudelten Hände abgewischt hätte. Wagner, der jegliche Schuld leugnete, wurde dorthin geführt, behauptete jedoch, daß dies Mistfleck sei. Echte die Beamten ihn verhindern konnten, zog er, angeblich um sich die Flecke abzutragen, sein Taschenmesser und stieß sich die lange Klinge blutigen in den Unterleib. Er vermochte jedoch noch ziemlich festen Schrittes nach dem Amtsgefängnis Nowawes zu gehen, brach aber vor dessen Thür ohnmächtig zusammen. Er wurde nun nach dem Oberlin-Krankenhaus geschafft. Unter Wagners Arbeitzeug wurde ein Etui gefunden, worin sich die goldene Uhr der Toten befand. Der Maler, der in zweiter Ehe lebt und in letzter Zeit arbeitslos war — sein jüngstes Kind ist erst vier Monate alt — ist ein überbelebtes Subjekt, der sich von seiner Frau, einer Bäckerin, ernähren ließ. An dem Vordstage will W. angeblich nach Berlin gefahren sein, um Arbeit zu suchen; wenigstens hat er dies verschiedenen Einwohnern von Nowawes erzählt, wahrscheinlich um sich so ein Alibi zu verschaffen. In einem lichten Augenblick hat W. im Krankenhaus erklärt, daß er die Uhr von einem Kameraden geklaut bekommen habe, dessen Namen er jedoch nicht nennen wollte.

Die Höhe der geraubten Summe hat bisher infolge der eigenartigen Gewohnheiten der Frau Jhmer noch nicht ermittelt werden können.

Dem Maler Wagner werden auch noch andre Straftaten zur Last gelegt, die gleichfalls die Ermordete betreffen. Seitdem die Tochter Wagners bei der Justizrätin im Dienst war, wurde bei ihr dreimal eingegraben. Diese Einbrüche blühte der Vater verübt haben, da er wußte, daß bei der Einsiedlerin etwas zu holen war. Frau Jhmer schlief deswegen in der Nacht schon nicht mehr, sondern pöste, in einen Schlafrock ihres verstorbenen Mannes und mit einer Peise versehen, auf jedes Geräusch. Merkte sie etwas, so pfliff sie laut zum Fenster hinaus. In der Nordnacht muß sie dennoch überumpelt worden sein.

Auf dem Bahnhof Schulzendorf ist Sonnabendabend 10 Uhr der Malergehilfe Paul Adler beim Verlassen des Zuges schwer verunglückt. Adler, der Dunderstr. 15, Hof, 2. Etfl., 2 Treppen rechts wohnt, wollte mit einem Kollegen und seinen beiden Söhnen, von denen der älteste 18, der jüngste 13 Jahre zählt, seinen Schwager in Heiligensee besuchen. Man benutzte die Kremmener Bahn und hier auf dem Bahnhof Schulzendorf aus. Adler war noch auf dem Trittbrett, als der Zug sich bereits wieder in Bewegung setzte; der Unglückliche fiel herab und kam unter die Räder des Zuges. Er wurde schwer verletzt hervorgezogen. Die Insassen des Wagens schrieben das Unglück einzig dem Umstände zu, daß der Zug bereits nach ganz überraschend kurzem Aufenthalt wieder in Bewegung war, obgleich der Stationsvorsteher hätte bemerken müssen, daß die Passagiere durchaus noch nicht den Wagen verlassen hätten. Es wurde aus Regel ein Arzt herbeigerufen; als der Herr auf der Unglücksstätte ankam, stellte sich heraus, daß weder Verbände noch sonstige Hilfsmittel vorhanden waren, der Arzt mußte darauf wieder zurückkehren, um das Notwendigste herbeizuholen. Es verging so wohl eine Stunde, bis dem Verunglückten die erste Hilfe zu teil wurde. Er blieb während der ganzen Zeit bei Besinnung und jammerte vor Schmerzen. Weinend umstanden ihn seine beiden Kinder. Als Adler endlich verbunden war, wurde er mit dem halb zwölf nach Berlin fahrenden Zuge zurückgeführt und nach der königlichen Klinik in der Fiegelstraße gebracht. Hier wurde ihm sofort der völlig zerquetschte linke Fuß abgenommen. Hoffentlich giebt eine Untersuchung Aufklärung darüber, wem die Schuld an dem entsetzlichen Unglück zuzuschreiben ist.

Dampfer-Zusammenstoß auf dem Tegeler See. Noch ist die „Primus“-Katastrophe von der Elbe in frischer Erinnerung, und schon wieder ist von einem ähnlichen Unglück, wenn auch von weniger Bedeutung, zu berichten. Es war, wie uns von beteiligter Seite gemeldet wird, am Sonnabendabend 9 1/2 Uhr, als der dem Schiffseigner Karl Holz in Tegel gehörige, einige 60 Personen fassende Dampfer „Grebini“ von Tegelort nach Tegel (Wolow) seine Fahrt machte. Alle Lichter waren vortriffs,mäßig angezündet, so daß das Schiff deutlich erkennbar war. In der Nähe der kleinen sog. Viehdümel“ feuerte der von Tegel her kommende, der Spandauer Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörige Mischdampfer „Reptun“ nach der engen Stelle am Schartenberger Wehr zu. Vortriffsmäßig gab angesichts des entgegenkommenden Schiffes der „Grebini“ ein Signal, aber „Reptun“ antwortete zunächst nicht; einen Moment darauf gab letzterer ein entgegengekehrtes Signal, als der „Grebini“ es gegeben hatte, und dieser mußte ein gleiches Signal zurückgeben und auch entgegen seinem ersten Zeichen den Kurs ändern. Der „Reptun“-Führer will das erstgegebene Signal nicht gehört haben. Infolge dieser verschieden verstandenen Signale gerieten die beiden Schiffe nun aneinander, indem der „Grebini“ vom „Reptun“ schräg an rechter Seite vor der Maschine scharf angerrannt und led wurde. Die acht im „Grebini“ im Vorderste sitzenden Passagiere (die Kajüte war zum Glück leer geblieben) wurden über- einandergeworfen, sie gerieten in begriffliche Aufregung und riefen um Hilfe, die auch sofort vom „Reptun“ geleistet wurde. Alle acht Personen sowie die drei Schiffsmannschaften, Führer Heidreich, Geizer und ein Bedienungsmann, wurden auf den „Reptun“ genommen. Bevor dieses noch geschah, hatte man natürlich angesichts des drohenden Zusammenstoßes Weggendampfung gegeben, doch bei der schnellen Fahrt ohne besonderen Erfolg. Es sollte nur noch versucht werden, den sinkenden „Grebini“ mittels Bugseileinen an Land zu setzen, aber vergeblich, die Tare rissen und innerhalb 5-8 Minuten war das Schiff in dem 10-15 Meter tiefen Wasser versunken. Die Passagiere des „Grebini“, die nach Tegel wollten, wurden vom „Reptun“ nach Tegelort gebracht und abgesetzt, wo sie von erlittenem Schreck sich zunächst erholen mußten. Körperlichen Schaden scheint niemand erlitten zu haben, doch ist der Verlust verschiedener Kleidungs- und Schmuckgegenstände sowie Geldtische des Heidreich zu beklagen. Die Vernehmung der Schiffsmannschaften seitens der zuständigen Behörden ist bereits erfolgt, und die Hebung des „Grebini“ soll baldigt in die Wege geleitet werden.

Gerichts-Beilage.

Der Zeuge Lütke. Eine unaufrichtige Geschichte beschäftigte gestern die 7. Zivilkammer des Landgerichts I in längerer Sitzung. Unter der Anklage der versuchten Erpressung, der verleumdenden Beleidigung und der wissenschaftlich falschen Anschuldigung hatte sich der Buchbinder Bernhard Schmidt, wegen der beiden ersteren Vergehen dessen Ehefrau Bertha Schmidt zu verantworten. Im Januar d. J. war der Ehemann Schmidt längere Zeit im Krankenhaus. Seine Familie geriet in Not, worauf die Ehefrau Schmidt sich mit der Witte um Unterstützung an die Armenkommission wandte. Der Juwelier Lütke erhielt als Vorstandsmitglied der Armenkommission den Auftrag, sich über die Verhältnisse der Witte zu erkundigen und besuchte sie zu diesem Zwecke in ihrer Wohnung. Als Schmidt aus dem Krankenhaus herauskam, erhielt er Mitteilung von diesem Besuche und sein noch schulpflichtiger Sohn knüpfte hieran Angaben, aus denen Schmidt den Schluß ziehen zu müssen glaubte, daß zwischen Lütke und seiner Ehefrau unlaute Sachen vorgekommen seien. Die Schmidt vor Gericht erklärte, will er von seiner Ehefrau das Geständnis erhalten haben, daß sein Verdacht gerechtfertigt sei. Die Ehefrau Schmidt richtete dann im Auftrag ihres Ehemannes an Lütke ein Schreiben, worin sie ihm mitteilte, daß ihr Ehemann von dem Vorgefallenen Kenntnis erhalten. Er möge Schritte thun, einen Vergleich mit ihm herbeizuführen, den richtigen Weg werde er schon finden. Der Adressat war nicht wenig erstaunt über den Inhalt des Schreibens. Er ließ die Ehefrau Schmidt zu sich kommen und bat um Aufklärung. Das Ende der Auseinandersetzung war, daß Frau Schmidt ein ihr von Lütke diktiertes Schreiben aufsetzte, worin sie erklärte, daß zwischen ihnen nichts vorgekommen sei, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen brauche. Der Ehemann Schmidt wollte sich hiermit nicht begnügen. Er bat durch

den juristischen Beistand einer hiesigen Zeitung unter Darstellung des Sachverhalts um Rat, wie er sich zu verhalten habe und erhielt die Meinung, beim Magistrat Anzeige zu machen, wenn er es mit gutem Gewissen thun könne. Schmidt erstattete nun nicht bloß beim Magistrat, sondern auch bei der Staatsanwaltschaft Anzeige. Es wurden Ermittlungen angestellt, die zu Gunsten des Juweliers Lütke ausfielen und darauf die Angegebenen zur Verantwortung gezogen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wie aus der Urteilsverfändigung hervorging, hatten die Angeklagten, die vom Referendar Wittke, als Vertreter des Rechtsanwalts Dr. Schmidt, verteidigt wurden, ihre Bezeugungen aufrecht erhalten, der Zeuge Lütke hatte aber unter seinem Eide bestritten, daß ein wahres Wort an der Sache sei. Der Gerichtshof hatte dem Zeugen Lütke Glauben geschenkt. Mit Rücksicht darauf, daß der Zeuge sich die schweren Unannehmlichkeiten bei Anklage eines Ehrenamtes zugezogen hatte, verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten Ehemann Schmidt zu einem Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung, die Ehefrau Schmidt zu einem Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte je sechs Monate beantragt. Das Urteil soll durch eine hiesige Zeitung veröffentlicht werden.

Vermischtes.

Eisenbahnunglück. Aus Magdeburg wird vom Montag früh berichtet: Der Schnellzug 9, welcher heute morgen von Braunschweig mit 10 Minuten Verspätung abging, ist gegen 6 Uhr bei Schandelahe entgleist, vermutlich durch Radreisbruch. Die beiden Maschinen liegen quer über den Gleisen, der Gepäckwagen ist zertrümmert. Beide Gleise sind gesperrt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Zu Steinheim. Sachsen-Reinigen, sind Sonntagabend durch eine Feuersbrunst 13 Wohnhäuser mit Nebengebäuden eingeeigert worden. 22 Familien, meist arme Arbeiter und Glasbläser, sind obdachlos geworden.

Grubenunglück. Im Wettertschachte der Gabrielenzeche in Karwin bei Troppan erfolgte Sonntagmorgen eine Explosion schlagender Wetter. Von sechs dafelbst beschäftigten Maurern wurden vier schwer verletzt zu Tage gefördert; zwei werden vermisst. Das Schachtgebäude ist demoliert. — Nach weiteren Vermutungen aus Karwin wurden infolge der Explosion in der Gabrielenzeche zwei Mann getötet, drei schwer verletzt und drei verschüttet. Das Maschinengebäude des Wettertschachtes ist zerstört, der Ventilator und die Grube sind unversehrt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 47. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das bürgerliche Chaos und seine Entwicklung. Von Max Adler. — Die Sozialpolitik als Sozialpolitik. Ein Beitrag zur ultramontanen Arbeiterpolitik. Von August Grömann. — Die Untersuchungen über die Lage der Angehörigen und Arbeiter in den Verkehrsberufen. Von Max Grünwald. — Notizen: Schulen für nerentranke Kinder? — Familien: Maurice Reuter und Son Genette Roland Holst. (Fortsetzung.)

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Buchportiere zum Preise von 3/2 M. pro Quartal zu beziehen. In der Preisangabe ist die Postgebühr inbegriffen. Die „Neue Zeit“ unter Nr. 3389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Programmieren stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 12. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Anruf der Vertrauensperson. — Zur Frauenemancipation in Wänden. — Die Organisation der Wiener Heimarbeiterinnen. Von Ulfried Jopp. — Die Frauenorganisation in den Gewerbetrieben. Von Johann Böhm. — Aus der Bewegung. — Hefttitel: Ein Arbeitspost. Von Eugenie Jacob. — Notizen: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrs. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnengeneration. — Soziale Bewegung. — Frauenkammer. — Frauenbewegung. — Adressenverzeichnis der Vertrauensperson der Genossinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsklasse für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühr 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 18 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Wiederum mußte er einen verstorbenen Parteigenossen von der alten Warte einen Nachruf widmen, und zwar einem, der ihm besonders nahe stand, seinem alten Mitarbeiter Max Regel, dessen in würdiger Weise gedacht wird. Dem Rufus ist ein wohlgefügtes Porträt beigegeben. Aus dem sonstigen Inhalt der Nummer heben wir die beiden farbigen Bilder „Die Kunstförderer in Wänden“ und „Eine schwere Prüfung“, sowie die Illustrationen „Aus England“, „Warum fischen die Leute?“ und „Wafferröschchen beim Stellenwechsel“ hervor. Der wertvolle Teil der Nummer bringt noch die Gedächtnisrede von Bennigsen, „Vrei ist der Ehrlich“, „Führer-Entrevue“, „Das Kinderpielzeug“, „Kulturarbeit“, „Mittelschicht“, „Der Parteilose“ und außer einer Anzahl kleinerer literarischer Probabände noch die Novellen „Der Rinderglaube“ von Dr. Ludwig Frank und „Kinder“ von Clara Müller. Der Preis der 10 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Marktpreise von Berlin am 23. August 1902

nach Ermittlungen des kgl. Volkseigenen.

Wegeln, gut D. 4/11	—	—	Sozialen neue, D. 8/11	7.—	4.—	
— mittel	—	—	Mischfleisch, Rente 1 kg	1.80	1.20	
— gering	—	—	— do. Rauch	1.50	1.10	
† Roggen, gut	14.55	14.50	Schweinefleisch	1.80	1.80	
— mittel	14.49	14.45	Lammfleisch	1.80	1.20	
— gering	14.44	14.40	Hammfleisch	1.80	1.20	
* Weizen, gut	15.50	15.20	Butter	2.60	2.—	
— mittel	15.10	14.90	Eier 60 Stk.	4.80	2.60	
— gering	14.80	14.60	Rapsen 1 kg	2.20	1.40	
* Hafer, gut	20.60	19.—	Weiz	2.60	1.40	
— mittel	18.90	17.90	Hanber	2.80	1.40	
— gering	17.80	16.90	Reite	2.40	1.40	
Mischbrot	5.82	4.82	Wardie	1.80	0.80	
Ha	7.—	5.—	Schiet	2.60	1.40	
Grillen	40.—	35.—	Biele	1.40	0.70	
Erseser ohne	50.—	35.—	Kreble	per 5 kg	18.—	8.—
Urn	60.—	20.—				

† ab Bahn. * frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 23. August. Getreide. Im Einklang mit den höheren Privatmelungen aus Nordamerika, sowie unter Einwirkung des sehr feinen Warenangebots verlegte der Getreidemarkt in recht lester Haltung. Mittags wurde die Tendenz jedoch wieder etwas schwächer auf materies Oestreich-Ungarn. Das Wetter macht, obwohl es seit vorgestern nicht geregnet hat, noch immer einen veränderlichen, unzuverlässigen Eindruck, doch neigt man an der Börse vorwiegend zu der Annahme, daß größere Niederschläge für die nächste Zeit nicht zu erwarten sind. Die Preise für Weizen, Roggen und Wehl waren gut behauptet, das Wehl lag außerordentlich still. Hafer und Mais blieben fest, da die Antizipation zur Deckung des vorhandenen Bedarfs nicht ausreichten; Lieferungen waren schwach behauptet. Rüböl nachgeden.

Spezialgang gegen letzte Kollektion um 60 Pf. zurück. Mit 38,70 M. wurden 70er los, wie auch Septemberlieferungen gehandelt.

Schlus für Getreide: Nach vorübergehender weiterer Abschwächung erfolgt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementnummer mitzuteilen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

M. Z. G. Unterhaltungsband der „Säender“, Bureau Engel-Ufer 15, Gewerkschaftsband.

Wichtige Parteigenossen. Zum „Fall Schützling“. Auf anonyme Anfragen können wir Antwort nicht erteilen.

H. G. 1. und 2. An das Direktorat des Museums der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin, Javalidenstr. 42.

Hob. Wablke. Ihre Anfrage wird am besten mündlichen in unserer juristischen Sprechstunde beantwortet.

